Erich Thies

Im Zusammenhang in den Blick genommen

Die Humboldt-Universität und Berlin in den Jahren nach der Wende

Rede zur Verabschiedung aus dem
Amt des Universitätsprofessors

Begrüßung
Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph Markschies
Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin

06. Februar 2009

Humboldt-Universität zu Berlin

Die digitalen Ausgaben der Öffentlichen Vorlesungen sind abrufbar über den Dokumenten- und Publikationsserver der Humboldt-Universität unter: http://edoc.hu-berlin.de/ovl

Herausgeber:
Der Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin

Copyright: Alle Rechte liegen beim Autor
Berlin 2009

Redaktion:
Engelbert Habekost
Forschungsabteilung der Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6
D–10099 Berlin

Herstellung:
Forschungsabteilung der Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6
D–10099 Berlin

Heft 156

ISSN 1618-4858 (Printausgabe)
ISSN 1618-4866 (Onlineausgabe)
ISBN 978-3-86004-228-1
Gedruckt auf 100 % chlorfrei gebleichtem Papier

Christoph Markschies

Worte für Erich Thies

Kann man, verehrter, lieber Herr Thies, jemanden *realiter* aus einem Amt verabschieden, das er überhaupt nur *virtualiter* besetzt hat? Am 23. Juni 1992 hat der Senator Manfred Ehrhardt seinen Staatssekretär Erich Thies auf eine Professur für Philosophie und Pädagogik im damaligen Fachbereich Erziehungswissenschaften dieser Universität berufen und im Berufungsschreiben *formaliter* darauf hingewiesen, daß die eigenen Mitarbeiter für Rückfragen und Gespräche zur Verfügung stehen – Telefonnummer 3032–393 oder 343, vermutlich waren diese Nummern ohnehin eingespeichert im Thies'schen Telefon in der Senatsverwaltung. Die Verhandlungen wurden von beiden Seiten mit Energie, Präzision und Tempo geführt – der Ruf datiert, wie gesagt, auf den 23. Juni 1992, Ihre Rufannahme auf den 9. Dezember 1993, die Ernennung auf den 29. Dezember 1993, nachdem im Monat Dezember noch allerlei hektische Aktivitäten im Blick auf das Landesbeamtengesetz des Landes Berlin erforderlich wurden und die rechtzeitige Ernennung vielen bereits unmöglich schien.

60 Blatt Schriftverkehr und anderthalb Jahre Verhandlungen – da bleibt einem natürlich das Wort *virtualiter* im Halse stecken. *Formaliter*, ja gewiß und *realiter* eben auch, Universitätspräsidentin, Kanzler, Sekretärinnen, Personalkommission, Referatsleiter, Dekan und so weiter und so fort. Und alle Verhandlungen waren ja nicht zum Schein oder gar zum Scherz geführt worden. Am 7. Juni 1995 schrieb der Kanzler mit leicht besorgtem Unterton an dieSenatsverwaltung: „Herr Professor Thies hat wegen seiner Tätigkeit als Staatssekretär im Einvernehmen aller Beteiligten bisher den Dienst nicht angetreten. … Auf der anderen Seite kann nicht ausgeschlossen werden, daß nach der Wahl zum Abgeordnetenhaus im Oktober dieses Jahres eine Situation eintritt, die zu einem raschen Dienstantritt von Herrn Professor Thies an der Humboldt-Universität führen könnte“. Der offenbar

hüben wie drüben befürchtete, vielleicht auch erhoffte Fall trat nicht ein, trat auch nicht ein, als Erich Thies 1998 als Staatssekretär in Berlin ausschied und kurzzeitig hier im Hause horribile dictu erwogen wurde, ihn zu entlassen und seines Professorentitels zu berauben, eine Idee, die glücklicherweise rasch vom Tisch gewischt wurde.

„Als ehemaliger Planungsbeauftragter für den Fachbereich Erziehungswissenschaften und kommissarischer Dekan dieses Fachbereichs fühle ich mich mit der Humboldt-Universität zu Berlin nach wie vor besonders verbunden und möchte diese Nähe auch künftig aufrechterhalten“ – so, lieber Herr Thies, haben Sie beim Antritt Ihrer Aufgabe in der Kultusministerkonferenz Ihre Bitte begründet, weiter beurlaubter Professor dieser Universität zu bleiben. Und nicht nur hat der damalige Dekan der dem Fachbereich nachfolgenden Fakultät, Kollege Tenorth, diese Begründung einleuchtend genannt – nein, ich kann als Präsident dieser Universität bezeugen, daß Sie diese Nähe nie nur *virtualiter* oder *formaliter* ausgeübt haben – nein, ich und viele andere hier im Hause konnten Sie um Rat fragen und haben ihn stets prompt, zuverlässig und von hoher sachlicher Qualität erhalten. Lange nach der Zeit, in der Sie im Zuge einer „Aufbauhilfe im Beitrittsgebiet“ von der Pädagogischen Hochschule Heidelberg an die Humboldt-Universität abgeordnet wurden, April 1991ff., lange nach Ihrem so eindrücklichen Berufungsvorschlag für ein ganzes neues erziehungswissenschaftliches Institut vom 12. Juli 1991, nein, auch gerade in den nicht einfachen letzten vier, fünf Jahren – von dieser Ihrer hilfreichen Nähe können manche hier im Saal dankbare Kunde geben. Und diese tätige Nähe, lieber Herr Thies, allein verdient es, daß Ihnen diese Universität zum definitiven Ende Ihrer Professur eine feierliche Abschiedszeremonie organisiert und die betreffende Urkunde nicht einfach auf dem Postwege zustellt.

„Für Ihre Tätigkeit“, so schließt einer meiner Vorgänger sein Beurlaubungsschreiben, „wünsche ich Ihnen Befriedigung und viel Erfolg, den das deutsche Bildungswesen bitter nötig hat“; ein überraschend informeller Gruß am Ende eines ganz und gar

formalen Schreibens. Dahinter wollte ich nicht zurückstehen; Erfolg war Ihnen in beiden Tätigkeiten, für die diese Universität Sie beurlaubt hat, reichlich vergönnt und diese Alma Mater hat von Ihrem Erfolg profitiert, *realiter*, nicht nur *virtualiter*. Entsprechend ungern verabschieden wir Sie aus der Professur; die Lektüre der Akten macht Appetit, mit Ihnen demnächst Verhandlungen über eine virtuelle Seniorprofessur zu beginnen.

Erich Thies

Im Zusammenhang in den Blick genommen

Die Humboldt-Universität und Berlin in den Jahren nach der Wende

Um mich auf den heutigen Tag vorbereiten zu können, habe ich – wie man das eben tut – Unterlagen zusammengeholt. Unter anderen: knapp 1500 Seiten Wissenschaftsrat in fünf Bänden: „Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern – das war damals noch korrekt – und im Ostteil von Berlin“ 1992 bis 1994, den Berliner Hochschulstrukturplan des Senats von 1993, die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zu Berlin aus dem Jahr 2000, Frau Küppers Rotbuch über die Humboldt-Universität, aber ohne Spiegelstrich und mit der getürkten Marx'schen Feuerbachthese ganz vornean, meine Wochenpläne als Amtschef von 1992 bis 1998, die Aufzeichnung eines Symposions von 1993 mit Frau Merkel, Herrn Späth, Herrn Mendiburu aus Friedrichshain, Herrn Meckel, Herrn Adam, Herrn Tenorth und Herrn Sauer sowie Professoren der Geschichtswissenschaft der Humboldt-Universität, angeführt von Herrn Winkler, mit dem ich neulich das Vergnügen hatte, über diese fast vergessene Veranstaltung zu sprechen. Im Übrigen: Es war meine Idee, wenn ich mich recht erinnere, dieses Symposion in Verbindung mit einer Veranstaltung der Humboldt zu organisieren. Es ging um „Wahrnehmungen. Befinden in Ost und West“. Hinzu kommen einschlägige Reden so über die Jahre, mein Vorstellungspapier für die Findungskommission bei der letzten Präsidentschaftswahl der Humboldt. Und wirklich gar nicht zuletzt, vielmehr strukturierend und einfärbend und mit Geruch und Geschmack, mit Gefühlen der Zuneigung und Ablehnung, von freudigem Triumph und bitterer Niederlage und auch mit bis heute nicht aufgelöster Anspannung versehen: Viele Zettel mit Eindrücken und Erinnerungen aus den Jahren unmittelbar nach der Wende, feste, auch

festgefrorene Bilder und tief sitzende sprachliche Wendungen. Zu diesem völlig heterogenen Ganzen gehört ein Buch von Gottfried Stiehler, „Die Dialektik in Hegels ‚Phänomenologie des Geistes' ", Akademie Verlag 1964, mit Besitzervermerk Thies WS 66/67 – über die „Phänomenologie" also, meiner Selbstwahrnehmung nach das einzige Buch, das ich wirklich gelesen habe.

Es gilt, die Balance zu halten, zwischen einem Flickenteppich ganz persönlicher Erinnerungen und ihnen innewohnender Emotionen einerseits und den damit verbundenen prinzipiellen bildungspolitischen Überlegungen andererseits; es soll nicht mehr sein, aber auch nicht weniger. Nostalgische Züge werden nicht geleugnet und dann als vertretbar angesehen, wenn das, was an die Stelle des Alten getreten ist, nichts wirklich Neues darstellt. Und damit das Ganze nicht durcheinandergerät, werde ich die bildungspolitischen Bemerkungen nummerieren. Wenn von „Humboldt" die Rede ist, dann meine ich die Universität, mit Berlin den Staat oder die Landespolitik, wobei im Gegensatz zur allgemeinen Berliner Praxis zwischen Legislative und Exekutive unterschieden wird.

Vorweg

Die Humboldt habe ich das erste Mal im Wintersemester 1966/67 betreten; durch den Hintereingang, denn vorne saß eine Wache, die Weststudenten nicht einließ. Gottfried Stiehler hielt eine sich eng an marxistisch-leninistische Interpretationsmuster orientierende Vorlesung über die „Phänomenologie des Geistes" – einen Text, den ich aus Tübingen und Heidelberg, über Schulz, Gadamer und Henrich kannte, und den ich jetzt mit einem dritten, dem eigentlich wichtigsten Hegel-Ort verbunden sah. Jena lag zwar nicht inhaltlich, aber räumlich beiseite. Inhaltlich war Stiehler dogmatisch und deshalb eher langweilig. Als ich Professor Stiehler nach der Vorlesung mit Neugier und Fragen ansprach, und er mich als TU-Studenten ausmachte, bog er unvermittelt ab und blieb für mich künftig unerreichbar. Damals war das für mich nicht zu verstehen.

Mich faszinierte der Ort, an dem Hegel lehrte und Feuerbach studierte, das veränderte Feuerbach-Zitat im Foyer und auch die Gräber von Hegel und Fichte auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof, das nicht mehr vorhandene Haus „Am Kupfergraben 4 a“. – Das ist nebenbei der Grund, warum ich dem Krankenhaus in Schöneberg, in dem Hegels Witwe starb und das noch über Möbel aus Hegelschem Besitz verfügte, Hegels Schreibtisch für die Philosophische Fakultät abpreßte; mit der eigentlich leeren Drohung, sie würden sonst ihren Status als akademisches Lehrkrankenhaus verlieren. Der Schreibtisch wurde erst teuer restauriert und dann mit Zweifeln versehen, ob es sich überhaupt um ein authentisches Stück handle.

Ost- und West-Berlin waren damals noch nachkriegsgrau, der Osten grauer. Die tägliche Eintrittskarte, Bahnhof Friedrichstraße mit dem Erschauern vor für mich unkalkulierbarer staatlicher Macht, stiller Empörung über die jedes Mal stattfindende Leibeskontrolle – später habe ich erst bemerkt, daß mein Paß eine Reihe von feinen Nadelstichen aufwies, die mich als häufigen Grenzwechsler festmachten. Ich nutzte die Staatsbibliothek „Unter den Linden“ – die mir dann fast zwanzig Jahre später vom Bundesfinanzstaatssekretär Overhaus, einem heftigen Berlin-Gegner, für eine Mark bei 800 Mio. DM Sanierungskosten fein grinsend angeboten wurde, als ich mit dem Abteilungsleiter Eckey zusammen in Bonn versuchte, Bundesfläche des ehemaligen Kasernengeländes für eine Humboldt-Unversitätsbibliothek zu bekommen.

Natürlich kaufte ich einzelne Bände der MEGA, wie alle, die ihr umzutauschendes Geld sinnvoll anlegten. Meine Wege in der Hauptstadt der DDR konnte ich später verfolgen im Rückgriff auf die Beobachtungsprotokolle, die der Preußische Polizeidirektor v. Kamptz veranlaßte, als er Ludwig Feuerbach während seines Studiums in Berlin durch die Polizei beobachten und verhören ließ. Die Brüder Feuerbach waren der Central-Untersuchungs-Commission in Mainz, so etwas wie der heutige Verfassungsschutz, wegen ihrer umstürzlerischen Aktivitäten verdächtig geworden, sodaß 1824 der Wechsel des Studienortes von Heidelberg nach

Berlin dort gemeldet wurde. Die Protokolle bekam ich nach der Wende vom Geheimen Preußischen Staatsarchiv. Der Staat hatte eben auch früher ein wachsames Auge. Promoviert habe ich bei Henrich über Feuerbachs Hegelkritik und der Edition seiner nachgelassenen Vorlesungen, die Feuerbach in paraphrasierend-populistischer Manier über Hegels Philosophie in Erlangen hielt. Henrich hatte in den sechziger Jahren eine Gastprofessur an der Technischen Universität – die sich damals eine größere Zahl hervorragender Geisteswissenschaftler leistete; aber das war eben vor der Integration der Pädagogischen Hochschule Berlin, also ohne durch Lehrerbildung geschlagen zu sein. Jetzt habe ich dazu beigetragen, daß sie an der Technischen Universität eingestellt wird, weil man bei Exzellenzinitiativen mit ihr keinen Blumentopf gewinnen kann. Henrich ist heute Gastprofessor der Humboldt, ganz sentimental und konsequent. In Tübingen wurde gearbeitet, in Heidelberg gelebt und gearbeitet und Berlin war fremd und faszinierend. Das Faszinierende ist geblieben.

I. Teil: Eine Erziehungswissenschaftliche Fakultät

Die Vorsitzenden der Struktur- und Berufungskommissionen wurden 1990 von Senatorin Riedmüller-Seel bestellt. In meinem Fall auf Empfehlung des damaligen Vorsitzenden des Wissenschaftsrats, Simon. Vorangegangen war die Mitarbeit an einer von Simon geleiteten Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrats, die sich mit der Lehrerbildung in den neuen Ländern befassen und Strukturempfehlungen vorbereiten sollte. In diesem Zusammenhang habe ich die Lehrerbildungseinrichtungen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen kennengelernt. Die Empfehlungen blieben leider so indifferent – vor allem wegen des Einflußes der erziehungswissenschaftlichen Universitätsvertreter – , daß Lehrerbildung mit Hilfe des Wissenschaftsrates dann nur noch an Universitäten stattfand; mit dem Effekt, daß das Personal der Pädagogischen Hochschulen in Sachsen zum Beispiel ohne Einzelfallprüfung abgewickelt werden konnte. Margot Honeckers Rückendeckung war eben verschwunden, Lehrerbildung wurde und blieb weit nachgeordnet im Kanon der universitären Fächer. Den

gleichen Prozeß hat die Erziehungswissenschaftliche Fakultät an der Humboldt durchmachen müssen – oder: von der „Kommode“ in das Kasernengelände. Das jetzige Gebäude wurde übrigens von der Humboldt mit Zustimmung der Senatsverwaltung einfach requiriert, es befand sich nämlich im Besitz des Bundes. Der ganze Komplex hatte allerdings eine Vorgeschichte: Im Juni 1990 fand wohl eine symbolische Schlüsselübergabe durch die letzte DDR-Regierung statt, was leider dann aber symbolisch blieb und nicht rechtlich verbindlich festgehalten wurde. Das gesamte Kasernengelände war damals noch quer über die Straße abgesperrt, mit einem mehrere Meter hohen, grauen Stahltor. In den Gebäuden befanden sich noch Reste der Einrichtung des zum Ministerium für Staatssicherheit gehörigen Wachregiments „Feliks Dzierzinski“, geöffnete Tresore mit verstreuten Papieren. Eine drückende, militärische Atmosphäre inmitten der Humboldt.

Die Pädagogische Hochschule „K.F.W. Wander“ Dresden habe ich näher kennengelernt. Sie war strukturell mit der Pädagogischen Hochschule Heidelberg vergleichbar: Die Schulpraxis war in die Studiengänge integriert, Fachwissenschaft und Fachdidaktik außer bei Sek.II in einer Hand, aber bei erheblich besseren Betreuungsrelationen als in Heidelberg. Gar nicht so schlecht. Allerdings saß im Dachgeschoß das Ministerium für Staatssicherheit.

> *Nr. 1: Die Übertragung von Strukturen der westlichen Universitäten hatte eine entschieden problematische Seite. Obwohl Anfang der 90iger Jahre bereits klar war, daß die Integration der Lehrerbildung in die Universitäten bei Fach-zu-Fach-Zuordnung zwar die Lehrergehälter erhöht, die Qualität der Lehrerbildung aber verschlechtert hatte, empfahl man den neuen Ländern, den gleichen Fehler zu machen. Die Schulpraxis trat zurück, die Betreungsrelationen wurden deutlich schlechter.*

Die Arbeitsgruppen des Wissenschaftsrates verfahren grundsätzlich nach dem gleichen Muster: Getrennte Gespräche mit Professoren, Wissenschaftlichen Mitarbeitern, Studierenden und Hoch-

schulleitung. Die Gespräche in den neuen Ländern waren in der Regel nicht frei: Die Versuche der Professoren, ihre Leistungen und Absichten zu zeigen, waren geprägt von Hilflosigkeit und einem grundsätzlichen Gefühl der Unterlegenheit. Auch wenn die West-Vertreter der Arbeitsgruppe sich bemühten, fair zu sein und hinzuhören, überwog die nicht weiter geprüfte eigene Tradition, verbunden mit einer bis an Selbstherrlichkeit gehende Gewißheit der verliehenen Macht und Überlegenheit; ich war davon auch nicht frei. Es waren in der Regel – jedenfalls in diesem Bereich – keine von akademischer Gleichrangigkeit bestimmten Gesprächssituationen. Man wollte das Beste; aber was war das wirklich?

Vieles wirkte befremdlich, einfache bis primitive Ausstattung, unglaublich viel Personal, auch in der Verwaltung. Die Räume waren überheizt, und man konnte die Ossis von den Wessis in kurzer Zeit auch dadurch unterscheiden, daß die einen sich entblätterten, die anderen ihre Jacketts förmlich anbehielten. Das schlechte Essen in den Mensen erinnerte mich an das Tübinger Schlatterhaus 1963. Und überhaupt: Ein Phänomen, das mich in diesen Jahren auch im Ostteil der Stadt und in Brandenburg berührte, die Zeit schien stehengeblieben und Vieles weckte Erinnerungen an die fünfziger und sechziger Jahre; ein Gegenbild zum „verschweizerten“ Westen, das zeigte, was im Fortschreiten unmerklich verlorengegangen und verdeckt war. Auch das gehörte zum Faszinierenden, das Wiederaufleben von Nachkriegszeit. Dieses Wiederaufleben hatte Konsequenzen für den politischen Umgang mit MfS-befangenen Professoren in den Hochschulen, auch in der Humboldt: Die von meiner Generation ausgemachten Fehler der Nachkriegszeit, das Schweigen der elterlichen Generation, das Verbleiben von Nationalsozialisten in ihren Ämtern – Adenauer brauchte Globke, Späth brauchte Kader für Jena – das sollte sich nicht wiederholen! Und hinsichtlich von Berufungen an die Humboldt: Die in der DDR auch aus politischen Gründen ausgewählten Professoren sollten nicht noch einmal an den ebenfalls, aber aus anderen politischen Gründen im Mittelbau Verbliebenen, vorbeiziehen. Die ihrerseits hatten keine Chance mehr, sich auf eine Professur zu bewerben, weil die Jahre sie ihnen genommen hatten.

Nr. 2: Der Generationenkonflikt der Nachkriegszeit hat in die staatlichen Entscheidungen über den Umgang mit politisch belastetem Hochschulpersonal hineingewirkt. Das war, meine ich, gerechtfertigt, solange jeder einzelne Fall geprüft und auch in seiner möglichen Ambivalenz betrachtet wurde. Es mußten jedoch Entscheidungen auch dort getroffen werden, wo diese Ambivalenz nicht aufzulösen war. Das war häufiger als erwartet. Die Abwicklung, besser Annihilation der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften durch schlichte Nichtnennung im Einigungsvertrag mag verwaltungstechnisch elegant sein, ist aber politisch und moralisch nicht akzeptabel. Die Sekretärin von Frau Honecker hat lange für mich in der Kultusministerkonferenz gearbeitet.

Zurück zur Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt. Die vom Land eingesetzte Struktur- und Berufungskommission bestand mehrheitlich aus Mitgliedern der Humboldt. Auch Kollege Müller von der Technischen Universität war von der Humboldt benannt. Ich brachte die Kollegen Weinert und Lenhard mit.

Nr. 3: Die Besetzung der Berufungskommission mit drei von außen bestimmten professoralen Mitgliedern war der richtige Weg, um aus den bis heute weit verbreiteten fakultätsinternen Geschäften herauszukommen. Leider ist es nicht gelungen, diese Struktur allgemeinverbindlich festzulegen; die Widerstände aus den Universitäten heraus waren – und sind es bis heute – zu groß.

Es waren noch etwa 100 Personen der alten Fakultät da, davon nur ganz wenige Professoren. Auch der Dekan verabschiedete sich schnell. In seinem Dienstzimmer lagen Diplomarbeiten, die als „Geheim“ eingestuft waren und irgendwelche politische Perspektiven pädagogischer Wissenschaft betrafen – alles weit außerhalb meines bisherigen Vorstellungsvermögens. Das vorgesehene Stellenvolumen war für West-Verhältnisse enorm: Mehr als 20 Professuren, zusammen mit der Wirtschaftspädagogik. Der Vorsitzende der Struktur- und Berufungskommission für

Volks- und Betriebswirtschaft wollte damit nichts zu tun haben. Auf Herrn Krelle komme ich noch einmal zurück. Mit allen Mitarbeitern sind Einzelgespräche geführt worden; alle hatten unbefristete Arbeitsverhältnisse. Die Gespräche waren für beide Seiten kompliziert: Ich kannte die Personalakten. Aber was heißt das schon? Im Übrigen konnten die Personalakten der Humboldt nach einem Erlaß der Modrow-Regierung von den Betroffenen durchgesehen und „entlastet“ werden. Bei nicht wenigen Akten gab es noch Reste herausgerissenen Papiers hinter den Metallklammern. Es war schwer bis unmöglich, sich ein Bild über die Leistungen und vor allem das Leistungspotential des Einzelnen zu machen – schon deshalb, weil plötzlich zwei ganz verschiedene Welten unvorbereitet zusammenkamen und zwar in völlig verschiedenen Positionen, in Macht nämlich und weitgehender Ohnmacht. Meine Arbeit in den Gesprächen bestand nicht zuletzt darin, völlig ungeschützt und offen mit Jedem zu sprechen. Das war die Form von Respekt, die man, meine ich, dem in der Regel Unterlegenen und auch Ausgelieferten entgegenzubringen hatte. Und keine Telefonentscheidungen oder Gesprächstermine im Flughafen Tegel.

Viele waren extrem verunsichert und dementsprechend mißtrauisch; ich bekam vorgehalten, meinen Mantel wie ein Eroberer über die Schultern zu tragen; er war einfach zu warm und zu eng. Trotzdem gelang es, ein gewisses Maß an Vertrauen zu wecken. Die erste Berufung auf eine C4-Professur der Fakultät war ein Humboldt-Professor, der sich auf seine alte Stelle beworben hatte. Der Akademische Senat applaudierte, Vorhaltungen kamen gleichwohl.

Meine Vorstellung war, entsetzlich, das heute aussprechen zu müssen: Die unter 40igjährigen haben noch eine Chance, sich in das nun geltende Wissenschaftssystem über befristete Wissenschaftliche Mitarbeiter-Stellen hineinzuarbeiten, die Älteren gehören – bis auf Ausnahmen – der Generation an, die den Preis für die Wiedervereinigung zu zahlen hat, mit ihrer beruflichen Existenz und meistens mehr. Letzteres stimmt, das Erstere nur zum Teil. Jeder Neuberufene bekam von mir die Auflage, eine der bei-

den befristeten Mitarbeiterstellen mit einer der bislang unbefristet beschäftigten Personen zu besetzen. Alle Mitarbeiter waren mit einer entsprechenden Umstellung ihrer Verträge einverstanden. Für Viele waren sie wie der berühmte Strohhalm. Arbeitsgerichte wurden nicht angerufen, wohl auch im Blick auf eine vertrauensvoll obrigkeitsstaatlich orientierte Grundeinstellung. Die Verwaltung der Humboldt hat die Umstellung der Verträge nicht wie gewollt umgesetzt, was dann zu disziplinarrechtlichen Auseinandersetzungen führte.

Ich hatte darauf vertraut, daß die West-Berufungen in dieser für jeden Einzelnen schwierigen Situation helfen würden. In den meisten Fällen ist das auch geschehen, in einigen aber nicht. Das ist bis heute belastend. Aus heutiger Sicht würde ich jedem ehemaligen Ost-Mitarbeiter einen Tutor an die Hand geben, der hilft, sich in der Neuen Welt mit ihren Chancen und Fallen zu orientieren – bis ins Alltägliche der westlichen Bürokratie. „Das Schicksal des X und seiner Familie liegt jetzt in Ihrer Hand“ – diesen Satz werde ich nicht vergessen. Nicht bei der distanzierten Form der Rede über sich selbst! Einigen konnte für kurze Zeit geholfen werden, etwas außerhalb der Erziehungswissenschaften zu finden. Aber selten. Wenn doch, kamen über Jahre Blumen. Übrigens: Versuchen Sie einmal, sozialistisch rote Nelken zu finden, gar solche mit dem üblichen Spargelkraut und in Zellophan. Das gibt es nur noch vor dem Sozialistenfriedhof in Lichtenberg. Den Senatorennachfolger habe ich damit erfreuen wollen, was gründlich mißlang.

Es sollte eine Erziehungswissenschaftliche Fakultät werden. So etwas wie eine „School of Education“, ohne daß dieser Name verwendet wurde. Sie sollte Lehrerbildung praxisorientiert verantworten und erziehungswissenschaftliche Forschung betreiben. Letzeres vor allem ist gelungen.

> *Nr. 4: Die Form, in der Lehrerbildung in Universitäten stattfinden kann, muß folgende, ganz simple Bedingungen erfüllen: 1. Sie muß eine eigene Fakultät bilden. 2. Alle Lehramtsstudenten müssen in ihr immatrikuliert sein und*

3. muß sie über die notwendigen Haushaltsmittel verfügen, um fachwissenschaftliche Lehre lehramtsspezifisch einkaufen zu können. Die Technische Universität München will das jetzt realisieren. Weder in Berlin noch an einem anderen Ort in Deutschland gibt es bisher ein konsequent realisiertes Konzept für Lehrerbildung – obwohl es sich um einen Schlüsselbereich der Bildungspolitik handelt.

Die Bewerbungsvorträge und Gespräche bei der Besetzung der Professuren waren bei den wenigen Ost-Bewerbern schwierig. Eines fiel auf: Der Sprachduktus war verschieden, Begrifflichkeit und Perspektive waren fremd.

Nr. 5: Die gemeinsame Sprache verdeckte grundlegende Differenzen. Und diese spürte man eher durch die Sprache hindurch als sie im Miteinandersprechen offenbaren und festhalten zu können.

Ein Beispiel: „Das ZK der SED orientiert seine Mitglieder auf die Beschlüsse des 10. Parteitags.“ „Orientieren auf“ kannte ich nicht. Später habe ich den Brandenburgischen Ministerpräsidenten darauf angesprochen, weil er die gleiche sprachliche Form verwendete und habe nur verständnisloses Lächeln geerntet. Vielleicht sind ja Juristen und Pädagogen hier besonders anfällig. Studierende in Berlin und Heidelberg wurden gebeten, zwanzig Sätze mit „orientieren“ zu schreiben. Die Differenz im Sprachgebrauch war eindeutig. Eine Anfrage bei den Dudenredaktionen in Leipzig und Mannheim ergab, daß „orientieren auf“ eine Lehnübertragung aus dem Russischen in den 50iger Jahren war, die als politische Sprachregelung Eingang in die Umgangssprache gefunden hatte. Wenn man die im Westen gebräuchliche Wendung nimmt, z.B. Kants „Was heißt: sich im Denken orientieren“ und das „Orientieren auf“ dagegen hält: Einen weiter gehenden Unterschied in der Frage von Bestimmung und Selbstbestimmung ist nicht denkbar. Spuren dieser Differenz findet man noch heute. Heidelberg, das das Sich-Orientieren groß schrieb, vielleicht etwas zu sehr das Sich-An-Sich-Selbst-Orientieren, interessierte sich allerdings überhaupt nicht dafür, was da mit

Wiedervereinigung, mit Berlin, mit der Humboldt passierte. Im heutigen, gesamtdeutschen Duden heißt es dann: „orientieren auf (regional)“.

Die ersten West-Berufungen waren die Herren Benner, Tenorth und Schriewer, im Dreierpack sozusagen. Sie bildeten zusammen mit der Struktur- und Berufungskommission das Fundament für die weitere Entwicklung und nahmen später Einfluß auf die Entwicklung der Humboldt. Als der damalige Rektor Fink die ersten Ernennungsurkunden überreichte, fing er mit Herrn Winkler an, dann kam Herr Benner – die falsche Reihenfolge, was die Entscheidungen im Akademischen Senat angeht. Gleichwohl ist Herr Benner die erste Westberufung der Humboldt; seine Personalnummer ist 001, die von Herrn Winkler 002. Es entstand jedenfalls die beste Erziehungswissenschaftliche Fakultät Deutschlands. Das ist wesentlich der Arbeit der Erstberufenen zu verdanken. Nach zwei Jahren war der Prozeß im Großen und Ganzen abgeschlossen. Die innerhalb der Humboldt später vorgenommene, weit überproportionale Stellenkürzung bei den Erziehungswissenschaften als nicht wirklich respektiertes Fach hat zwar zurückgeworfen und das ursprüngliche Konzept unmöglich gemacht, aber nichts daran geändert, daß es in der Bundesrepublik Deutschland bis heute nichts Vergleichbares gibt. Die ab Mitte der 90iger Jahre, vor allem mit PISA einsetzende Diskussion über Qualität von Unterricht und Schule in Deutschland, und das von den Ländern in dem Zusammenhang geschaffene „Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen“ als An-Institut hat die Stärke der Humboldt auf diesem Feld noch einmal deutlich gemacht.

Die Zusammenarbeit mit den Herren Fink, Bank und Kreßler war gut. Fink mochte die Pädagogen nicht. Und gab das auch deutlich zu verstehen. Vor allem: Er ließ die Struktur- und Berufungskommissionen weiterarbeiten, auch als deren Rechtsgrundlage aufgehoben wurde. Das war eine kluge Entscheidung für den Erneuerungsprozeß der Universität. Der Akademische Senat faßte darüber hinaus einen Beschluß, der rechtlich vollständig außerhalb seiner Möglichkeiten lag: 1. Die Struktur- und Beru-

fungskommission Erziehungswissenschaften übernimmt bis zur Neuwahl des Fachbereichsrates unter Einbeziehung von weiteren Mitgliedern des Fachbereichs dessen Funktion, auch soweit dies nicht im ErgGBerlHG vorgesehen ist. Und 2. Der Vorsitzende der Struktur- und Berufungskommission übernimmt in dieser Zeit die Funktionen des Fachbereichsdekans. Die Zeit war wild: Im Akademischen Senat berichtete Dekan Mau von plötzlich 70 neuen Mitarbeitern aus dem MfS im Personalbestand, zumeist Pfleger und Fahrer. Und ich war „Objektbevollmächtigter" der Kommode und angrenzenden Gebäude – so etwas wie ein Oberhausmeister. Im Foyer saß die Wache in einem kleinen Glaskasten, mit Hund, und trug die Schlüssel pro Person ein und aus. Mein Raum war der des Forschungsdirektors, mit einem Schreibtisch und einem längs davor stehenden Besprechungstisch – die übliche Form für Beratungen, wie das hieß. In den Schreibtisch führte ein dickes Telefonkabel, über das man sich in andere Gespräche der Humboldt einwählen konnte. Die BRD war über eine 9 erreichbar. Wenn ich mich einwählen konnte, dann konnten das andere auch. Also fanden die Berufungstelefonate im Westen statt; die ersten Telefonzellen jenseits der Grenze waren die neben dem Reichstag. Beim Verlassen der Zelle kam aus der Nachbarzelle Herr Krelle. Er tat das Gleiche aus dem gleichen Grund. Wir haben anschließend im Hotel „Unter den Linden" Kaffee getrunken, der noch von Obern mit weißem Tuch über dem rechten Arm serviert wurde. Hotel und Ober sind inzwischen verschwunden. Krelle ist später massiv und unfair wegen angeblicher SS-Zugehörigkeit angegriffen worden. Auch in der Humboldt, vielleicht auch durch Mitglieder der Humboldt initiiert.

Untergebracht war ich im Gästehaus in der Ziegelstraße, mit klassischer DDR-Einrichtung. Auch als Staatssekretär habe ich es genossen, dort zu leben; gegen Mietzahlung versteht sich. Gegenüber lag die einzige Kneipe der Umgebung. Mit Kanzler Neumann und Personalchef Baeckmann fanden dort intensive politische Gespräche statt. Die Ziegelstraße war leer, bis auf einige Trabis und Wartburgs. Im Winter roch es nach Braunkohle, und der Boden war schmierig vom Braunkohledunst. Die Oranienburger Straße war touristenfrei. In der Reinhardtstraße gab es noch

einen Schlachter. Ich lebte auf der unruhigen und nicht wirklich festzulegenden Nahtstelle zwischen Ost und West, wie auf zwei sich gegeneinander verschiebende tektonische Platten, und das ist eigentlich bis heute so geblieben.

II. Teil: Die Humboldt und Berlin 1

Staatssekretär als Amtschef, nicht als parlamentarischer, ist schön, aber viel Arbeit. Senator ist, meine ich, weniger schön und viel Arbeit. Ministerpräsident oder Regierender Bürgermeister ist jenseits aller kategorialen Bestimmungsmöglichkeit, weil dem Herrn so nahe.

Insgesamt war es eine gute und harte und stark prägende Zeit. Als der damalige Senator Erhardt anrief mit der Frage, ob ich als Staatssekretär nach Berlin kommen würde, war die einzige Frage, ob er mir das zutraue. Mit Ja beantwortet, war das entschieden. In der Zeitung stand dann „Humboldt-Dekan wird Staatssekretär“ – politisch war ich damit zu einem vom Westen akzeptierten und so geadelten Ossi geworden. Erhardt war mir bekannt als exzellenter, wie ich meine, typischer baden-württembergischer Ministerialdirektor. Konow war sein A-Pendant in Nordrhein-Westfalen. Beide waren zu verschiedenen Zeiten Senatoren in Berlin. Mit Erhardt als Senator war die Kunst der Administration, verbunden mit einem starken hochschulpolitischem Gestaltungswillen, vorhanden, die die Jahre nach der Wende zu einer Zeit machten, in der die wissenschaftlichen Einrichtungen, Universitäten, Fachhochschulen und die außeruniversitäre Szene von einem hohen Maß an Planungssicherheit und politischer Zuverlässigkeit ausgehen konnten; Grundlage jeder Berufungspolitik, jedenfalls, wenn man gute Leute wollte. Man konnte von Erhardt lernen, Akten sozusagen durch Handauflegen zu erfassen, sofern man das überhaupt lernen kann: lernen nämlich, Akten zu unterscheiden zwischen solchen, die als alltägliches Geschäft durchliefen, und das waren die meisten, und solchen, die beiseite gelegt und genau zu prüfen waren, weil sie „Korken“ enthielten, also zwangsläufig zu Problemen führten. Die auf ihrem jewei-

ligen Feld hochkompetenten Abteilungsleiter Eckey, Kleber und Stoehr arbeiteten konstruktiv mit, es gelang, die Verwaltung kooperativ zu stimmen, Erhardt durch juristische Kompetenz und politische Raffinesse, ich durch praktische Zusammenarbeit, auch mit Hilfe von Rotwein und Zigarren.

Die Aufgabe war, im Nachhinein gesehen, eigentlich gigantisch: Sowohl die Einrichtungen im Osten, als auch die im Westen waren unvorstellbar überbesetzt. Im Westen, um den allmählich alternden „Pfahl im Fleische des Kommunismus“ am Leben zu erhalten, im Osten, um die Hauptstadt der DDR zu repräsentieren. Der vorwurfsvolle Spruch des FU-Präsidenten Gerlach vom „Abbruch West für Aufbau Ost“ war zwar faktisch richtig, unterschlug aber einen wesentlichen Punkt: Im Osten gab es die rechtliche Möglichkeit abzuwickeln und zu kündigen, im Westen nicht. Die Reduzierung der Stellen und Mittel erfolgte im Westen, ohne daß Personen unmittelbar betroffen waren. Die Freie Universität hatte rd. 61.000 Studierende, die Technische Universität rd. 32.000, die Humboldt rd. 19.000. Die Humboldt folgte mit Herrn Fink und dann auch mit Frau Dürkop einem, meine ich, falschen Prinzip: Finks Humboldt sollte eine „ganz normale Massenuniversität“ werden, Frau Dürkop wollte hohe Zahlen, um die Haushaltsmittel zu gewährleisten, die auch erforderlich waren, um den riesigen Überhang finanzieren zu können. Hätte sich dieses durchgesetzt, gäbe es in Berlin jetzt nur aus Geldnot geschrumpftes, überwiegendes Mittelmaß.

Erhardt, und auch ich, wollten mit baden-württembergischen Prinzipien im Hintergrund Wettbewerb zwischen den Universitäten, angestoßen durch exzellente Berufungen und die hierfür erforderliche finanzielle Ausstattung. Die Humboldt, in ihrer in Deutschland einzigartigen Situation – eine Ost-Universität mit weststaatlicher Verwaltung – war die Berliner Einrichtung, die man nach den Prinzipien von Leistungsfähigkeit und Exzellenz in wenigen Jahren neu aufbauen konnte. Erhardt und ich konnten bei gemeinsamen hochschulpolitischem Sozialisationshintergrund und ganz verschiedener fachlicher Kompetenz an verschiedenen Orten über die gleichen Themen reden und unabgesprochen das

Gleiche verkünden. Im Übrigen war es auch innerhalb der Berliner CDU alles andere als geschätzt, Begriffe wie Wettbewerb, Leistung und Exzellenz und Elite überhaupt in den Mund zu nehmen, für die SPD sogar ein Sakrileg, nämlich die Aufkündigung der Idee einer prinzipiellen Gleichheit der Professoren wie auch der Studierenden.

Nr. 6: Die Humboldt entwickelte sich durch staatliche Regie zu einer national und international anerkannten Universität. Anhaltspunkt und Maßstab waren die Berufungen. Finanzpolitisch handelte es sich um einen bewußten Crash-Kurs, ohne den die heutigen Leistungsverhälnisse in der Humboldt wie auch in der Freien Universität entweder nie erreicht oder längst der Vergangenheit angehörten. Der Anteil am Landeshaushalt betrug damals rd. 17%. Das war unerhört im Vergleich zu anderen Ländern, die voller Neid auf Berlin blickten. Zu recht, denn es kamen die besten Professoren.

Geschichte, Name und Adresse der Humboldt spielten dabei zunächst eine tragende Rolle, aber auch das Niveau der ersten Berufungen sowie der Ruf der staatlichen Verwaltung, kompetent, konsequent und zuverlässig zu sein.

Nr. 7: Viele der aus einer westlichen Universität berufenen Professoren waren auf dem Höhepunkt ihrer wissenschaftlichen Karriere und hätten eigentlich „ernten“ können. Sie kamen an die Humboldt, weil diese in ihrer Neustrukturierung eine fachliche und hochschulpolitische Herausforderung darstellte, und sie ihre wissenschaftliche Qualität zusammen mit anderen, ebenfalls hoch qualifizierten Professoren – auch anderer Fächer – an dem exponierten Ort „Unter den Linden 6“ noch einmal beweisen konnten. Die Möglichkeit eines gezielten, fast schlagartigen Zusammenbringens großer wissenschaftlicher Potenz bot in Deutschland nur die Humboldt in den Jahren nach der Wende. Das damals Gewonnene ist leicht zu verspielen.

Die bereits an der Humboldt arbeitenden Professoren – die Neustrukturierung erfolgte schließlich bei laufendem Betrieb – mußten sich einem Berufungsverfahren stellen. Sie selbst waren in der DDR-Zeit nicht durch akademisch übliche Verfahren in ihre Ämter gekommen. Die Frage einer Zugehörigkeit zur SED hat bei der Entscheidung über eine Berufung keine Rolle gespielt. Sehr wohl aber die Mitarbeit für das MfS. Darüber hinaus habe ich bei Berufungen die Akten des SED-Parteiarchivs hinzugezogen, denn die Humboldt hatte wie die Akademie der Wissenschaften eine eigene Kreisparteileitung. Informelle Mitarbeiter des MfS und vergleichbare Kategorien wurden nicht berufen, gleiches galt für hauptberufliche Mitglieder der Kreisparteileitung und vergleichbarer politischer Institutionen. Der Zettelkasten wurde zusammen mit einigen Aktenstücken später entsorgt.

Wie schwierig es für die West-Seite war, die Denkmuster der DDR zu verstehen und zu Bewertungen zu kommen, zeigt ein Berufungsverfahren besonderer Art. Der Bewerber wurde – bei nachgewiesener fachlicher Qualifikation – zur Berufung mit dem zusätzlichen politischen Hinweis vorgeschlagen, er habe bereits zur DDR-Zeit mutig abweichlerisch publiziert. Dieses sei nachweisbar. Die Prüfung der Akten ergab jedoch, dass der Vorgeschlagene im Auftrag der Partei systemimmanente ideologische Spielräume und zwar zum Zwecke der Systemstabilisierung ausloten sollte. Er wurde nicht berufen.

Die Unterlagen der Gauck-Behörde waren zum Teil eindeutig, z.B. bei per Hand verfaßten Verpflichtungserklärungen, häufig aber eben nicht. Es gab Fälle, in denen die „Täterakte“ des MfS ebenso dick war wie die „Opferakte“ – also die Akte, die über die ausgespähte Person geführt wurde. Es gab zahlreiche Fälle von Erpressung, in denen Mitglieder der Humboldt mit Partnern oder Kindern im Westen durch das MfS zur Mitarbeit gepreßt wurden. Daneben wurden die vollständigen, durchpaginierten, also nicht gefledderten Akten des ehemaligen Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen der DDR beigezogen. Bewerber aus der ehemaligen DDR mußten die Frage schriftlich beantworten, ob sie Mitarbeiter des MfS gewesen seien. Wurde die Frage mit

Ja beantwortet, zog das die Einzelfallprüfung nach sich. Wurde die Frage verneint, die Überprüfung durch die Gauck-Behörde ergab aber zu dem Zeitpunkt oder auch später etwas Anderes, wurde gekündigt.

Erste Voraussetzung war immer die in einem Berufungsverfahren festgestellte fachliche Qualifikation, dann folgte über die Gauck-Behörde die Überprüfung einer möglichen Nähe zum politischen System der DDR mit außeruniversitären, nämlich politischen Dienstleistungen. Die Gespräche mit den Betroffenen, die wir zu führen hatten, ließen mich nicht selten froh sein, einen erfahrenen, distanzierten Juristen und Abteilungsleiter zur Seite zu haben. Es gab Bewerber aus der ehemaligen DDR, deren Auftreten und Gesprächsstrategien Angst einflößend waren; jedenfalls für mich. Einflußnahmen vonseiten des Bundeskanzleramtes, der Politik, von anderen wissenschaftlichen Einrichtungen und auch vonseiten der Freien Universität, in der es die Idee gab: die Humboldt wird abgewickelt, und wir kehren als die eigentliche Berliner Universität an den uns zustehenden Ort zurück, wurden abgewehrt. Einen Nachschein dieser Idee findet man noch im makabren und auch irgendwie lächerlichen Streit um die Nobelpreisträger. Als ob es nicht darum gehen müßte, neue Nobelpreisträger hervorzubringen! Die üblichen Hausberufungen gab es nicht mehr, selbst nicht in der Medizin.

Nr. 8: Die Idee des Wettbewerbs zwischen der Humboldt und der Freien Universität ist verwirklicht worden. Letztere hat sich dadurch samt UKBF in qualitative Höhen aufschwingen können, die sich dann in der Exzellenzinitiative niedergeschlagen haben. Nach wie vor halte ich die Humboldt für die bessere Universität. Und: Was heißt letztlich schon Papierform gegen Papierform?

Aber noch einmal zurück: in den ersten Jahren wurden viele Weichen gestellt. Durch exzellente Berufungen, aber auch strukturell-räumlich. Zum Beispiel hinsichtlich Adlershofs.

Nr. 9: Die Entscheidung für Adlershof war überhaupt nicht selbstverständlich. Die Humboldt wollte vollständig in Mitte bleiben, und auch in der Staatsverwaltung favorisierte man die Idee, an der Humboldt keine Naturwissenschaften aufzubauen, also ihr nicht die Möglichkeit zu geben, an glänzende Zeiten vor dem Nationalsozialismus anzuknüpfen, sondern die Naturwissenschaften durch die Technische Universität abdecken zu lassen. Die räumliche Nähe von Mitte und Charlottenburg hätte das auch möglich gemacht. Heute hätte diese Idee womöglich großen Zuspruch in der Politik.

Es wurde also gegen die Humboldt und gegen die eigene Verwaltung entschieden, und es begannen heftige Auseinandersetzungen zwischen den Senatsverwaltungen, vor allem Wissenschaft und Wirtschaft. Man neigte eigentlich auf Staatssekretärsebene eher zu einem Gewerbepark. Die Wissenschaftsverwaltung setzte sich durch, ohne Unterstützung seitens der Humboldt. Beim Wissenschaftsrat konnte Adlershof nur durchgebracht werden – das war wegen der Mitfinanzierung nach dem Hochschulbauförderungsgesetz erforderlich – weil der Berliner Senat in letzter Sekunde über eine gedeckelte Summe von 550 Mio. für den Ausbau der Naturwissenschaften in Adlershof – zuweilen auch Adlershausen genannt – entschied; über, mich jedenfalls, aufregende Telefonate im Wissenschaftsrat in Köln in die Senatssitzung hinein. Auch beim Wissenschaftsrat war es gelungen, Vertrauen in die Berliner Wissenschaftspolitik aufzubauen. Das wurde später gründlich verspielt, nicht zuletzt durch den Umgang mit den Empfehlungen zu Berlin aus dem Jahr 2000.

Heute ist Adlershof ein sicherer Ort der Humboldt, auch durch die substantielle Zusammenarbeit mit der exorbitant gut ausgestatteten außeruniversitären Forschung. Im Blick auf heute etwa notwendige Einsparschnitte im Universitätsbereich kann man feststellen: Die Naturwissenschaften der Humboldt sind in Adlershof fest etabliert, ein Alleinstellungsmerkmal der Humboldt im Übrigen, und damit eingreifenden Strukturentscheidungen vonseiten der Politik entzogen. Übrigens: Es gab kaum Baupläne

von Adlershof, die Leitungen wurden durch Schnee sichtbar, weil er dort taute. Und das Büro des Staffelführers Göring aus dem Ersten Weltkrieg konnte man noch fast in Originalform kennenlernen.

Es gab selbstverständlich auch Scheitern. So bestand – auch unter der Perspektive der Entscheidung, den Sitz von Bundestag und Bundesregierung in Berlin zu nehmen – die Absicht, eine Fakultät für Katholische Theologie aufzubauen. Vehement von der Evangelischen Theologie, vorneweg Richard Schröder unterstützt. Gescheitert ist die Absicht schließlich an der SPD-Fraktion. Ihr war wohl eine weitere Stärkung womöglich konservativer Kräfte in Berlin zu riskant. Dabei waren Professuren, Mittel und sogar Flächen vorhanden, die von Kardinal Sterzinsky für vier Jahre kostenfrei zur Verfügung gestellt werden sollten. Selbst die Katholische Bischofskonferenz hatte widerwillig Studienplätze an anderen Ausbildungsstätten abgezogen. So ganz stark war das Interesse im eher unkirchlichen Berlin allerdings nirgendwo. Selbst die CDU-Fraktion organisierte ihre Fraktionsklausuren so, daß auch der Sonntagvormittag für politische Gespäche verplant war und nicht etwa die Möglichkeit bot, an einem Gottesdienst teilzunehmen. In Bayern oder Baden-Württemberg wäre das undenkbar gewesen. Die Evangelische Theologie der Humboldt war hervorragend ausgestattet und besetzt. Nach wie vor bin ich der Meinung, daß es für alle Beteiligten ertragreich gewesen wäre, beide Fakultäten in Berlin zu haben. Daneben haben wir versucht, gegen die Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg die Tradition der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums wiederaufleben zu lassen. Auch das mißlang in der Vielfalt sich widersprechender Interessen.

Gelungen dagegen sind eine Reihe von sinnvollen Fusionen: Die Lebensmitteltechnologie der Humboldt kam an die Technische Universität, die Landwirtschaft der Technischen Universität an die Humboldt, die Veterinärmedizin der Humboldt an die Freie Universität. Die Betroffenen in Ost und West genossen Kündigungsschutz, die Fusionen gingen deshalb relativ reibungslos vonstatten. Ärger gab es allerdings in der Freien Universität, als

ihre renommierte Kunstwissenschaft geschlossen an die ebenfalls renommierte Kunstwissenschaft der Humboldt übergehen wollte, um dort ein gemeinsames Zentrum zu bilden. Eigentlich war die Idee richtig, ihr wurde jedoch nicht zugestimmt, um die ohnehin angestrengte Freie Universität nicht noch weiter in Anspruch zu nehmen.

Nr. 10: Die Chancen, sich hochschulpolitisch gegen die Interessen von Kirchen und Bauernverbänden durchzusetzen, sind gering. Das sollte sich später auch zeigen, bei der Absicht, die Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät der Humboldt trotz ihrer langen Tradition zu schließen.

Für eine für mich erstaunlich lange Zeit bestand in der Landespolitik, Staatsverwaltung und auch unter den aus dem Westen Berufenen der Humboldt die Sorge, die Idee einer sich allein an Qualität und Leistung messenden Humboldt könnte scheitern; sie könnte politisch „umkippen“. Dies wurde nicht zuletzt mit dem Vorwurf verbunden, der Staat habe versäumt, auch die Verwaltung der Humboldt neu aufzubauen. Die Vorstellung war, daß aus dem Westen kommende Kanzler und Personalabteilungsleiter die Verwaltung zu einer modernen, zukunftsfähigen Universitätsverwaltung reformieren könnten. Dies gelang in den Augen Vieler nicht. Richtig ist, daß Verwaltung schließlich nicht Verwaltung ist. Sie kann sich eng an Vorschriften festklammern, sich als Herrschaftsinstrument verstehen und alles abwehren, was eigene Kompetenz erforderlich macht, um konkrete Probleme im Rahmen von gesetzlichen Möglichkeiten auch wirklich zu lösen. Meistens geht das mit Mut und Phantasie, sogar im Haushalt und in der Personalwirtschaft. Oder aber sie entwickelt die Bereitschaft, sich als Dienstleistung zu verstehen, die sie Professoren, Mitarbeitern und Studierenden schuldig ist. Die Humboldt-Verwaltung gehörte eher zum ersten Typ. Die Senatsverwaltung war zu der Zeit mit der unglaublichen Zahl von mehreren Hundert Berufungen, der Haushaltspolitik und der Sicherung der räumlichen Arbeitsbedingungen der Humboldt vollauf beschäftigt und war nur in Einzelfällen imstande zu helfen. Zum Schluß kamen weit mehr als die Hälfte der C4-Berufungen aus dem Westen,

die Mehrheit der C3-Berufungen aus dem Osten – fast jede mit ganz verschiedenen Problemen des Aufbaus von Einrichtungen, die gelöst werden mußten.

Unterbrochen wurde die Arbeit immer wieder durch neue Gauck-Bescheide aufgrund neuer Aktenlagen sowie Aktenfunde, die jedes Mal ein Stück politischer Geschichte der Humboldt plastisch werden ließen. So teilte jemand aus der Verwaltung der Humboldt mit, daß im Keller Studentische Disziplinarakten lägen, die zum Teil zu Relegationen – einem heißen politischen Thema – geführt hätten. Vor Ort fanden wir einen geöffneten Schrank mit Akten vor, die letzten Jahrgänge fehlten. Aber das Hineinsehen in die jüngste Akte mit widerlichen, handschriftlichen denunziatorischen Berichten – es ging um den Besuch eines Studierenden bei einer Kommilitonin in einem Studentenwohnheim – ließ sofort Namen von wieder aktiven Humboldt-Professoren ins Auge springen. Ich ließ diese Akten ungeprüft ins Landersarchiv bringen, wo sie sicher noch heute liegen. Es war irgendwie genug. Und es begann die Schlußstrich-Debatte und die Umkehr der Beweislast durch die Rechtssprechung der Arbeitsgerichte. Bei MfS-Mitarbeit sollte der entstandene Schaden für andere Personen bewiesen werden. Es war genug.

Nr. 11: Die damalige Kuratorialverfassung, deren Prinzip im Zusammenwirken der für die Universitäten relevanten Senatsverwaltungen – vor allem Wissenschaft, Inneres und Finanzen – sowie den sogenannten gesellschaftlich relevanten Kräften einen scheindemokratischen Glanz erzeugte, regelte die wichtigen Fragen über die vorgeschalteten Personalkommissionen und die Haushaltskommissionen. Die Universitäten waren, meine ich, nur scheinbar autonom und hatten wenig in eigener Verantwortung zu entscheiden. Diese Kuratorialverfassung machte vielleicht noch Sinn, wenn sie, wie früher bei der Freien Universität, den Reg. Bürgermeister und die zuständigen Senatoren einbinden konnte. So stellten sie eine Mogelpackung dar, allerdings eine allseits geschätzte.

Die zahlreichen Kuratoriumssitzungen waren in der Regel quälend, boten jedoch von Zeit zu Zeit eine pressewirksame politische Plattform. Ich erinnere mich noch an eine zeitraubende Diskussion über Fahrradständer in der Technischen Universität, natürlich unter Umweltaspekten. An der Technischen Universität war ein PDS-Abgeordneter Mitglied des Kuratoriums, der durch Mitarbeit für das MfS belastet war. Nach Auffassung anderer Mitglieder sollte ihm jeder Gruß verwehrt bleiben. Solchen Zumutungen habe ich mich entzogen. Der Senator oder ich waren immer Vorsitzende, bei allen Hochschulen Berlins. Ich erwarb mir in diesen Jahren den Ruf, Sitzungen nach Möglichkeit in kurzer Zeit zu beenden – und damit auch die Selbstdarstellungsorgien von Abgeordneten oder anderen, an Wahl interessierten Personen: Also solchen, die nicht mehr imstande waren, zwischen Wahlveranstaltungen und anderen zu unterscheiden. Das macht mir auch die jetzige Arbeit so vertraut. Nach dem besser funktionierenden Erinnerungsvermögen von Herrn Kreßler gab es sogar einen Tumult unter den Abgeordneten, weil meine Bemerkung nach längerer politischer Debatte, die „Routine“ sei nun vorbei, jetzt begänne die „Sacharbeit“, starken Unmut erzeugte. Auch mein Hinweis, Routine sei für das Leben ungeheuer wichtig, dämpfte nicht.

Die Diskussionen dieser Gremien waren in der Regel unerträglich oberflächlich. Die Diskussionen mit den anderen Senatsverwaltungen dagegen häufig hart, von uns aus immer deutlich im Interesse der Universität geführt. Das Interesse an der Universität und das Landesinteresse waren für die politische Spitze der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung grundsätzlich identisch. Leider gelang es nur selten, die Präsidenten untereinander zu einvernehmlichen Positionen zu bewegen. Zusammen mit der Wissenschaftsverwaltung wären sie politisch unschlagbar gewesen!

Nr. 12: In dieser Zeit des Aufbaus wurde mir deutlich, daß es eigentlich die politische Spitze der Wissenschaftsverwaltung war, die das Interesse der Universitäten innerhalb der Landesregierung, in den Ausschüssen des Abgeordne-

tenhauses, in der Öffentlichkeit Berlins, aber auch in der Deutschlands am besten und effektivsten vertrat. Nicht die Hochschulleitungen und auch nicht Vertretungen von Professoren und Studierenden. Deutlich zeigte sich das zum Beispiel an der Position Berlins im Wissenschaftsrat. Berlin akquirierte nach den großen Ländern Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen die meisten Mittel für den Hochschulbau. Es flossen so erhebliche Summen an Bundesgeld nach Berlin, die dann vom Land kofinanziert wurden. Gleiches galt für das Einwerben von Einrichtungen der außeruniversitären Forschung. Selbst bei einer 90ig prozentigen Finanzierung eines Max-Planck-Instituts musste man sich gegen die eigene Verwaltung durchsetzen, die das Argument brachte, es gäbe in Berlin ja schon eines.

Daran läßt sich ablesen, wie sehr Berlin selbstzufrieden in sich ruhte, um es neutral auszudrücken. Das hat sich allerdings in den Jahren, um die es hier geht, grundlegend geändert, nicht zuletzt dank eines Regierenden Bürgermeisters Diepgen, der – verglichen mit anderen Ministerpräsidenten – einen klaren Blick für die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für die weitere Entwicklung Berlins hatte. Das zeigte sich ganz konkret bei den Einigungsgesprächen, die erforderlich waren, wenn sich Senatoren nicht einig waren. Kontrahenten waren Innensenator Heckelmann, ein ehemaliger Präsident der Freien Universität, und Finanzsenator Pieroth. Fast immer gingen die Gespräche zugunsten der Wissenschaft aus. Ohne die Kombination Diepgen – Erhardt gäbe es heute nicht viel zu erzählen.

Vieles ist gelungen, Vieles konnte in diesen Jahren neu geschaffen werden. Der Aufbauwille aller Beteiligten war dafür stark genug – und eben auch die Kompetenz auf staatlicher Seite. Die politische Last, die durch Abwicklung, Entlassungen und politische Überprüfungen entstand, war da und bleibt. Vieles Einzelne gelang und vermittelte so Freude, auch diebische Freude, etwas gegen massive andere Interessen klug durchgesetzt zu haben. Die Grundstimmung blieb schwer, denn das „Werk“ dieser Jahre

insgesamt zeigte, für mich jedenfalls, im Gelingen zu viele Spuren menschlicher Tragödien, Scheitern – und auch Spuren von bleibenden Fragen, ob die vorhandenen Ambivalenzen denn in den konkreten Entscheidungen richtig gelöst wurden.

Nr. 13: Ich würde heute eine Reihe von Professoren der Humboldt, die zu DDR-Zeiten eingestellt wurden, in ihren Ämtern belassen haben. Solche, die fachlich hervorragend qualifiziert und politisch unbelastet waren. Die gab es. Ich hätte sie in ihren Ämtern belassen, weil das der Humboldt geholfen hätte, ihre historische Identität und Würde – an hierfür stehende Personen gebunden – durch die Zeit der DDR hindurch zu bewahren. Ich glaube, daß das eine breite positive Wirkung für die meisten Mitglieder der Universität entfaltet hätte, manche persönliche Konsequenz versöhnlicher gestimmt und manche politische Auseinandersetzung bis heute hätte leichter bestehen lassen. Im Übrigen war es der damalige Reg. Bürgermeister Diepgen, der mit seinem Begriff „Werkstatt der deutschen Einheit“ nicht nur die besondere Situation Berlins zu kennzeichnen versuchte, sondern auch wiederholt im persönlichen Gespräch die formalen und abstrakten Prinzipien der Entscheidungen der Wissenschaftsverwaltung durch den Hinweis auf den politischen Sinn von Versöhnung zu relativieren suchte, allerdings ohne Erfolg.

III. Teil: Die Humboldt und Berlin 2

Die Große Koalition ab 1996 brachte mit der Neuordnung der Senatsverwaltungen, d.h. der Zusammenlegung von Wissenschaft und Kultur eine erhebliche Mehrbelastung. Senator Radunski kümmerte sich vor allem um die politisch brisanteren und wahlpolitisch einflußreicheren Themen der Kultur. In den Zeitungen: Wenig Artikel Wissenschaft, viele Seiten Feuilleton. Die unterfinanzierten Opernhäuser, das Metropol, das keiner haben wollte, das schließungsbedrohte Schloßparktheater, das Tempodromzelt, das für den Neubau des Bundeskanzleramtes verschwinden muß-

te; unsere Absicht, es vollständig verschwinden zu lassen, mißlang. Dafür ist es heute pleite. Wie Erhardt war auch Radunski nicht begeistert, wenn die Verwaltung zu viel aufschrieb. Bei Erhardt ging es einmal um einen Nugget für das Museum für Naturkunde. Ich fand die 30.000 DM zu viel angesichts der schwierigen Zeiten; etwas naiv. Die Reaktion mit Hinweis auf ein mögliches Monitum des Rechnungshofs kam prompt. Radunskis geflügeltes Wort war: „Man weiß nie, Papiere können Flügel kriegen“.

Genausowenig wie heute Wissenschaft und Schule zu bewältigen ist, ist Wissenschaft und Kultur in Verwaltung und Politik zusammen politisch verantwortbar. Die Belastung stieg immens, meine Tätigkeit wurde leider zunehmend abstrakter. Die Wochenpläne von Amtschefs der Flächenländer und meine unterschieden sich fundamental in der Anzahl der täglichen Termine. Außerdem wußte man in Berlin immer genau, wer wo war und was gesagt hatte. Auf der anderen Seite war die Gestaltungsmöglichkeit größer geworden, nicht zuletzt deshalb, weil mir die Verantwortung für den gesamten Haushalt des Ressorts übertragen wurde. In der Konsequenz der bisherigen Arbeit, Qualität in Wissenschaft und Forschung zu verbessern, lag, daß das Selbstbewußtsein und die politische Präsenz der Professorenschaft wie auch der Hochschulleitungen gestiegen war. Das Niveau der Diskussionen zwischen Staat und Universitäten stieg erfreulich an.

Von Erhardt konnte man lernen, was Administrieren und Gestalten heißt, bei Radunski, was Intuition und ein erfahrener Instinkt für den politischen Alltag bedeutet. Ich führte eine kleine Montagsrunde ein, in der mit Personen aus der Berliner Wissenschaftsszene vertrauensvoll hochschulpolitische Absichten und Umsetzungsstrategien über institutionelle Grenzen und auch Parteigrenzen hinweg besprochen werden konnten. Die Runde bewahrte mich nicht selten vor massiven Fehlern. Auch das leidige Thema „Hausberufungen“ wurde wieder akut. Wie bereits gesagt, Erhardt hütete sich, meist informell-telefonisch vorgebrachten parteipolitischen Interesssen nachzukommen und hielt stur fest am Prinzip, nur die Besten zu berufen. Irrtümer immer eingeschlossen. Nun kamen Ansinnen, Hausberufungen zu akzeptie-

ren. Dem einmal nachzukommen, hätte in Berlin das Strickmuster „ein links, ein rechts“ unwiderruflich wiedereingeführt. Das ist wie der Sündenfall. Wäre er erfolgt, wäre ich gegangen.

Mitte der 90iger Jahre beschloß das Land einschneidende Sparmaßnahmen, nicht zuletzt wegen der ebenso einschneidend zurückgehenden Unterstützung des Bundes. Das hatte Konsequenzen auch für die Universitäten. Die erste Reduzierung der 115.000 Studienplätze um 15.000 im Jahr 1992 konnte noch genutzt werden, um die Universitäten zu vernünftigen Eingriffen in ihre Struktur zu zwingen, z.B. hinsichtlich eindeutiger und kostspieliger Doppelangebote. Die mit der Reduzierung von Studienplätzen verbundene Pauschale Minderausgabe konnte aber in zähen Verhandlungen mit der Politik zum Teil über zehn Jahre gestreckt werden oder aber sie wurde mit Billigung des Senators einfach nicht erbracht. Das gab den Universitäten die Möglichkeit, ihre Überausstattung ohne qualitative Einbuße zu reduzieren. Ab Mitte der 90iger Jahre wurden die ursprünglich gestreckten Pauschalen Minderausgaben auf Betreiben der Finanzverwaltung vorgezogen, die jährliches Geld sehen wollte. Und die ja damals wie heute, sozusagen von Natur aus permanent leidende Kulturszene wurde, soweit dieses möglich war und gegen meinen Willen, zu Lasten der Universitäten befriedet – was sich in einem zusammengeführten Ressort politisch anbot. Daneben gab es eine kaum zu ertragende, provinzielle Diskussion darüber, ob man die Ausbildungskapazität der Berliner Hochschulen nicht auf den Bedarf für Landeskinder zurückfahren sollte.

Ein tiefgehender Einschnitt, mit dem eben Beschriebenen kumulierend, erfolgte durch einen Beschluß des Abgeordnetenhauses, 150 Mio. DM bei den Universitäten einzusparen. Die Haushaltsklausur des Senats mit den Spitzen der Regierungsfraktionen war für mich denkwürdig; auch deshalb, weil sie den Gedanken weckte, das Amt aufzugeben, und an die Humboldt zu gehen. Grund war, daß man sich außerstande sah, über Strukturen zu entscheiden und die Folgen der Einsparungen einfach in die Universitäten schob.

Der erste Auftritt war ja noch skurril und witzig: Herr Eckey und ich trugen jeder zwei schwere Aktenkoffer und rauchten dicke Zigarren. Herr Diepgen kommentierte das mit: „Das kostet Sie 10 Mio.“. Das Fernsehen brachte die Szene, und es gab Fragen nach dem Inhalt der Aktenkoffer und der Herkunft der Zigarren. Mein Hinweis darauf, sie kämen aus Nicaragua, um den „heldenhaften Kampf des nicaraguanischen Volkes gegen seine imperialistischen Unterdrücker und deren Helfershelfer zu unterstützen“ – stieß auf Nichtverstehen. Die Journalisten selbst in Berlin waren für diese Sprache schon zu jung.

In der Klausur im Senatsgästehaus habe ich dann als Amtschef mit Billigung des Senators Strukturentscheidungen empfohlen, die mehr als 200 Mio. DM erbracht und die Universitäten langfristig strukturell entlastet hätten: 1. Das UKBF zu schließen und in ein Krankenhaus der Maximalversorgung umzuwandeln – was möglich gewesen wäre, weil das UKBF im Gegensatz zur Charité damals jedenfalls keine größeren Forschungsleistungen erbrachte, 2. die Kunsthochschule Weißensee zu schließen, weil der Bereich der Bildenden Kunst durch die Hochschule der Künste qualitativ und quantitativ hinreichend abgedeckt wurde, 3. den Studiengang Architektur der Hochschule der Künste zu schließen, weil die Technische Universität einen solchen Studiengang in einem passenden Umfeld anbot und 4. die Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät der Humboldt zu schließen, weil hinreichend Kapazität in den Flächenländern vorhanden war und diese Studiengänge für das Land Berlin nur von sehr begrenztem wissenschaftlichem Interesse waren. Zuvor waren die Studiengänge schon mit entsprechenden Studiengängen der Technischen Universität fusioniert worden, so, wie die Zahnmedizin und die Veterinärmedizin. Darüberhinaus bezweifelte ich die Sinnhaftigkeit der Lehrerbildung an der Technischen Universität.

Die Reaktion war frappant: Die beiden Fraktionsvorsitzenden Böger und Landowski sprachen sich empört dagegegen aus; Steglitz war nämlich ihr Wahlkreis. Ein Eingriff in die Kunst war für Herrn Landowski unerträglich. Und der Rest interessierte eigentlich nicht weiter. Die Folge war, daß die 150 Mio. DM den

Universitäten als Pauschale Minderausgabe auferlegt wurden. Ich wollte wieder gehen, wenn auch dieses Mal aus einem anderen, für mich aber genauso gravierenden Grund.

Das, meine Damen und Herren, war für mich der Hintergrund, aus dem heraus ich die Professur, aus der Sie mich heute verabschieden, so dringend brauchte, auch wenn ich sie nie ausfüllen sollte: Sie erlaubte mir die ganzen Jahre hindurch bis heute, mich von politischen Pressionen frei zu halten und die Nähe oder Distanz zur Politik zu halten, die ich jeweils selber für richtig hielt. Sicher nicht zum Nachteil der Beteiligten.

Nr. 14: Die Berliner Politik wollte 1996 die Verantwortung für konkrete Strukturentscheidungen nicht übernehmen, um den dann ebenso konkreten Ärger zu vermeiden. Und dies mit dem Hinweis auf die Autonomie der Universitäten, die gestärkt werden müsse. Also: Mehr Autonomie für weniger Geld. Mir war jedenfalls klar, daß die universitären Gremien ebenfalls nicht imstande waren, strukturell nach Schwerpunkten, Profil, Qualität und Leistungsfähigkeit zu entscheiden. Autonomie war eine weitgehend leere Hülse. Und so war es: Man nahm das Ganze fiskalisch und kürzte prozentual über Alles. Zu den positiven Folgen der Devise „Mehr Autonomie für weniger Geld“ in Form von Hochschulverträgen und Experimentierklausel komme ich noch.

In diesen Jahren gelang noch Vieles. Der Bestand der Charité konnte gesichert werden, obwohl massive wirtschaftliche Interessen in der Medizinszene dem entgegenstanden. Die Frage der drei Standorte als Finanzierungsproblem stellte sich nämlich schon damals in aller Deutlichkeit. Es gab Interessen, die Charité zu einem Medizinmuseum zu machen, auch, sie teilweise zu privatisieren. Deren Forschungsqualität setzte nämlich unbequeme Maßstäbe, das UKRV war für rd.1,5 Milliarden gerade fertiggestellt und diente überwiegend der Versorgung, das UKBF war damals noch forschungsschwach und benötigte rd. 300 Mio. DM für die notwendige bauliche Sanierung.

Der Reg. Bürgermeister sagte 850 Mio. DM für den Ausbau der Charité zu. Durch ein damals gut funktionierendes, aber nur verschwiegen mögliches Über-die-Bande-Spielen mit den beiden wissenschaftspolitischen Sprechern, Engler und Flemming, beide aus dem Osten stammend, beide zugleich Mitglieder des Hauptausschusses, der über die Haushalte entschied, gelang es, 250 Mio. der 850 Mio. DM für die Infrastruktur der Charité festzulegen. Anlaß war der Neubau des Deutschen Rheumaforschungszentrums wie auch des Max-Planck-Instituts für Infektionsbiologie auf dem Gelände der Charité; zwei Baumaßnahmen, die wir als nur sinnvoll bezeichneten, wenn zugleich die Infrastruktur der Charité saniert werden würde. Damit war die Charité gesichert.

Die Senatsverwaltung war im Zusammenspiel mit dem Hauptausschuß immer noch relativ stark; auch gegen die Humboldt. So lehnte die Humboldt zum Beispiel die Einrichtung des von der DFG finanzierten Innovationskollegs „Theoretische Biologie“ ab, mit fadenscheinigen Gründen: man brauche die Stellen nach 2000, aber eher wohl, weil man keine interne Konkurrenz wollte. Wir haben einfach Stellen der Charité und der Biologie genommen und Berufungen ausgesprochen. Heute ist die „Theoretische Biologie“ ein glänzender Forschungsteil der Humboldt.

Die Humboldt verhinderte Hand in Hand mit der Charité die Umwidmung der Flächen der ehemaligen Frauenklinik in der Ziegelstraße sowie des Monbijou-Hauses, – das, wie ich meine, völlig absurd hochtechnisch für eine Zwischenlagerung des MPI ausgestattet worden war – für die Geistes- und Sozialwissenschaften der Humboldt. Das repräsentative Monbijou-Haus gegenüber dem Bode-Museum hätte sich für die Kunstwissenschaft angeboten, die Geistes- und Sozialwissenschaften hätten in der ehemaligen Frauenklinik direkt an der Spree hervorragende Flächen gefunden. Die Charité hielt – und hält – fest, obwohl klar war, daß mit 850 Mio. nur ihr Kernbereich zu finanzieren war, und die Präsidentin der Humboldt wollte keinen Konflikt. Ich habe mich nicht durchsetzen können, auch die eigene Verwaltung stand aufseiten der Medizin. Stattdessen mußten, aus dem Haushalt der Humboldt finanziert, teure Flächen angemietet werden, sehr zur

Zufriedenheit von Investoren, die gerne Mieter der öffentlichen Hand zu hohen Preisen aufnahmen.

Ebensowenig gelang es, den noch von der Technischen Universität zu verantwortenden „Graslangzeitversuch“ in Dahlem abzubrechen und die Flächen zu verkaufen; hier standen die politisch etablierten, durchsetzungsfähigen Anlieger dagegen, denen Grünflächen natürlich lieber waren als Neubauten. Selbstverständlich alles forschungsmäßig begründet. Und das alles, obwohl es in der Zwischenzeit gelungen war, mit der Finanzverwaltung einen Senatsbeschluß zustande zu bringen, der bei Verkäufen von universitätsgenutzten Flächen und Gebäuden die Universität zur Hälfte am Erlös beteiligte.

Die Senatsfinanzverwaltung versuchte des öfteren, auf Flächen und Gebäude zuzugreifen, die sich im Fachvermögen der Wissenschaftsverwaltung befanden. Zum Beispiel auf ein Ruinengrundstück „Hinter dem Gießhaus“, das als Erweiterungsfläche für die Humboldt gedacht war, und für das sich bekannte Berliner Persönlichkeiten interessierten, oder auf das Gebäude der Akademie der Wissenschaften, das intensives Interesse eines Großinvestors erregte, der bereits eine Wohnungsbaugesellschaft gekauft hatte und dieses Gebäude am Gendarmenmarkt gerne als „Sahnehäubchen“ gehabt hätte. Ersteres mußte hingenommen werden, letzteres konnte durch gezielte Indiskretion verhindert werden. Es gibt eben so etwas wie Untreue des Landes gegen sich selber – als politischen Tatbestand, nicht als juristischen, denn das Land ist Eigentümer. Untreue, weil es sich um zentrale und symbolhafte Flächen und Gebäude handelt, die für eine allgemeine Nutzung damit unwiderruflich verloren gingen.

Dagegen war es möglich, der Humboldt einige Gebäude aus dem Bestand der ehem. Akademie der Wissenschaften der DDR zu sichern. Ein Teil ist später Restitutionsansprüchen zum Opfer gefallen, ein anderer wurde als Tauschmasse für den Bund gebraucht. Das große Gebäude an der Prenzlauer Promenade, in dem Wissenschaftler aus dem Wissenschaftler-Integrations-Programm untergebracht wurden, galt als Drohmittel: Wenn Raum-

forderungen zu heftig wurden, gab es das Angebot, doch in die Prenzlauer Promenade zu gehen.

> *Nr. 15: Also: Weder Politik noch Universität waren imstande, angesichts sinkender Haushaltsmittel des Landes Strukturentscheidungen zu treffen, die geeignet waren, wissenschaftliche Qualität, dort, wo sie vorhanden war zu halten und womöglich gar gegen das Interesse anderer Bereiche zu stärken. Beide Seiten verhielten sich nur fiskalisch, um politische Auseinandersetzungen im Land oder in der Universität zu vermeiden. Die Schließung des Schillertheaters mit der nachfolgenden bundesweiten Feuilleton-Debatte über das Schändliche dieses Tuns hatte die politischen Akteure paralysiert; sehr zum Nachteil Berlins, wie ich meine.*

Und, um noch ein Schlaglicht auf die innere Verfassung der Berliner Universitäten zu werfen: Die Universitätsbibliotheken hatten angeblich kein Geld mehr für Bücher, bezahlten aber in der Freien Universität etwa 400 Bibliothekare, in der Technischen Universität etwa 200. Gleiches galt für die Humboldt. Es gab in Berlin – zusammen mit der Staatsbibliothek – etwa 60 Mio. Bücher. Allerdings nur zum geringsten Teil durch EDV erfaßt. Die Universitäten konnten sich auf kein EDV-System einigen, ja, sie wußten nicht einmal genau, welche, zum Teil teure Zeitschriften wo standen. Allein die Freie Universität hatte drei Juristische Bibliotheken, von der einen hatte nur der Institutsdirektor einen Schlüssel.

Über den Abgeordneten Flemming bekamen wir einen Auflagenbeschluß des Hauptausschusses, der die Bibliotheksmittel bis zur Einigung über ein einheitliches Erfassungssystem der Berliner Universitätsbibliotheken sperrte. Mit Brachialgewalt gegen Vertreter der Bibliotheken, gegen das Argument, man vernichte den Berufsstand der Bibliothekare zugunsten von Informationstechnikern, gelang es dann, ein einheitliches Konzept durchzusetzen; allerdings nur von außen mit Hilfe des Konrad-Zuse-Zentrums, dem Vorsitzenden der Bibliothekskommission des Wissenschaftsrates und einem Betriebswirt der Universität Mannheim.

Brandenburg wurde einbezogen, und man entwickelte ein völlig neues Internetkonzept. Dieses noch einmal zur begrenzten Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Universitäten selber. Nebenbei gelang es, das Deutsche Bibliotheksinstitut sozusagen wegen erwiesener Unfähigkeit bezüglich eines Nachweises seiner Existenznotwendigkeit zu schließen, die für einen Neubau vorgesehenen Baumittel umzuwidmen und durch die Schließung einen Platz im „Leibniz-Omnibus“ frei zu machen, der erlaubte, Bessy II zum Blaue-Liste-Institut mit Bundesfinanzierung zu machen.

Nr. 16: Das war die Ausgangslage für zwei wirklich revolutionäre Berliner Entscheidungen in dieser Zeit, von denen die eine die Wissenschaftspolitik Deutschlands grundlegend veränderte, die andere als – wie ich meine – vernünftige Idee noch im Raum steht und auf ihre Verwirklichung wartet. Beide Entscheidungen veränderten das Verhältnis von Staat und Universität fundamental. Die erste Entscheidung war, Verträge zwischen Land und Hochschule abzuschließen und zwar auf der Grundlage der Idee, Geld gegen Leistung. Die zweite Entscheidung war, eine Experimentierklausel gesetzlich zu verankern, die das unsägliche, im Übrigen gegen das Hochschulrahmengesetz verstoßende Berliner Hochschulgesetz der Rot/Grünen Landesregierung in weiten Teilen außer Kraft setzte. Außerdem begann eine von der Berliner Wissenschaftsverwaltung begonnene und vehement auch national vertretene Diskussion, zunächst um Verwaltungsgebühren, dann um Studiengebühren; eine Diskussion, die das Verhältnis Studierender – Universität bundesweit in ein völlig neues Licht zu rücken imstande war und ist.

Die Haushalte der deutschen Universitäten waren bis zu diesem Zeitpunkt historisch gewachsen. Die Einführung von Verträgen zwischen Staat und Universität über die Finanzierung universitärer Leistungen orientierte sich naturgemäß anfangs fast ausschließlich an Zahlen, im Haushalt und in Studienplätzen. Für die Staatsverwaltung galt es zu lernen, wie solche Verträge in Richtung Leistungsmessung zu entwickeln waren, mit dem Ziel,

Mittel leistungsbezogen auch zwischen den Universitäten umzuverteilen. Zugleich sollten sukzessive Mittel für den Ausbau der Fachhochschulen bereitgestellt werden, um die grandiose bundesweite hochschulpolitische Fehlsteuerung der Studienplatzkapazitäten von Universitäten und Fachhochschulen langfristig zu korrigieren. Schon damals war deutlich, daß die große Mehrzahl der Studierenden vor allem daran interessiert war, in möglichst kurzer Zeit – lassen wir das Interesse an Universitäten als „Wärmehallen“ Berlins einmal beiseite – eine Ausbildung zu bekommen, die ihnen gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt gewährleistete. Das zeigte auch die immense Nachfrage nach Studienplätzen an der Berliner Berufsakademie. Es gab Fälle, deren Bewerbungsschicksal so aussah: Man bewarb sich an der Berufsakademie, dann an einer Fachhochschule und landete schließlich in einer Universität. Mit der allgemein hochgehaltenen Einheit von Lehre und Forschung hatte das nichts mehr zu tun.

Nr. 17: Die Hochschulverträge stärkten das Selbstbewußtsein der Universitäten deutlich, weil Vertragspartner ja grundsätzlich auf gleicher Augenhöhe stehen. Das ging so weit, daß es der Fachhochschule für Wirtschaft gelang, sich ihre, die letzte noch fehlende Vertragsunterschrift gegen 3,5 Mio. DM „abkaufen“ zu lassen. Die bisherige mächtige Instanz der Rechts- und Fachaufsicht des Staates wurde entsprechend schwächer. Auf dieses erste Zeichen einer Verschiebung des Macht- und Kompetenzverhältnisses zwischen Staat und Universität – nicht nur zum Vorteil der Universität – komme ich noch einmal zurück.

Da die Verträge einen Zeitraum über mehrere Jahre umfaßten, was das Haushaltsrecht des Parlaments berührt, das jährlich oder bei Doppelhaushalten nach zwei Jahren wahrgenommen wird. Hochschulverträge konnten aber sogar Legislaturperioden überschreiten. Das Abgeordnetenhaus hatte also nicht mehr die Möglichkeit, wie gewohnt, in laufende Haushaltsentscheidungen der Universitäten einzugreifen, um politisch Einfluß zu nehmen. Die Senatsverwaltung stand damals aufseiten der Universitäten. Das Parlament erwog sogar, einen Unterausschuß des Hauptaus-

schusses einzurichten, um Kontrolle und Einflußnahme zu ermöglichen. Das mißlang und zwar unter deutlicher Mithilfe der Senatsverwaltung. Der Senat entschied damals unmittelbar über die Verträge mit den Universitäten, nicht, wie heute, das Parlament.

Eine der wesentlichen Absichten der Verträge bestand darin, den Universitäten längerfristige Planungssicherheit zu gewährleisten. Dies galt auch für die Vorsorge für Tarifsteigerungen und steigende Versorgungslasten – die unglücklicherweise nach wie vor den Hochschulhaushalten zugeordnet sind. Übrigens nur in Berlin. Dabei sollen die politischen Absichten nicht unterschlagen werden: Es ging zugleich darum, den Plafond insgesamt abzusenken und Mehrforderungen von vorneherein abzuwehren. Erst der zweite Hochschulvertrag wurde kulanter, die vorsorglich eingeplanten Tariferhöhungen wurden nur zum Teil zurückgefordert.

Die ersten Vertragsverhandlungen mußten sich an den historisch definierten Zahlen orientieren, es gelang der Wissenschaftsverwaltung aber, gegen die Finanzverwaltung Tarifzuwächse großzügig zu definieren, sodaß die Universitäten einen nicht unerheblichen Spielraum für Umschichtungen gewannen. Inzwischen sind Hochschulverträge oder Zielvereinbarungen das übliche Mittel, über das Staat und Universität ihre jeweiligen Ansprüche definieren. Ärgerlich war nur, daß Baden-Württemberg die Berliner Idee der Hochschulverträge schneller umsetzte als Berlin selber.

Nr. 18: Hochschulverträge und Zielvereinbarungen haben Staat und Universität deutlich gemacht, daß für Steuermittel auch Leistungen erbracht werden müssen. Das Zusammenspiel von Globalhaushalt und Zielvereinbarung erlaubt den Universitäten grundsätzlich, weitgehende eigene Strukturentscheidungen zu treffen, allerdings unter dem Zwang, qualitative Maßstäbe zugrunde zu legen. Leider waren die universitären Entscheidungsstrukturen auf der damals noch geltenden gesetzlichen Grundlage in Berlin völlig ungeeignet, den gegebenen Spielraum auch adäquat zu nutzen und hochschulpolitisch zu verantworten.

Bereits unter Erhardt gab es eine von SPD und CDU paritätisch besetzte Kommission, die sich mit einer Neufassung des Berliner Hochschulgesetzes befaßte. Sie arbeitete und arbeitete, und man konnte absolut sicher sein, daß angesichts grundlegend differenter Interessenlagen in der Großen Koalition nie ein Ergebnis zustande kommen konnte. Wohl Gott-sei-Dank, denn so konnten Jahre später mithilfe einer „Experimentierklausel“ weite Teile des Hochschulgesetzes außer Kraft gesetzt werden. Es gab in diesem Zusammenhang eine rege politische Diskussion: Die Wissenschaftsverwaltung machte einen sehr weit gehenden Vorschlag und begrenzte das geltende Berliner Hochschulgesetz auf das für Haushalt und Personal Unabdingbare, um den Universitäten einen großen Spielraum für Erprobungen vor allem hinsichtlich ihrer durch Grundordnung festzulegenden Entscheidungsstrukturen zu geben. Der SPD-Fraktion ging das zu weit; sie wollte ein Mehr an staatlicher und politischer Einflußnahme sichern. Ihre Position wäre aber in einer öffentlichen Diskussion nicht zu halten gewesen, und deshalb setzte sich die Wissenschaftsverwaltung durch.

Die Universitäten nutzten ihre Möglichkeiten sehr verschieden: Während die Humboldt mit Präsident Meyer sehr schnell einen sich weit vom Bisherigen entfernenden Vorschlag für die Verteilung der inneruniversitären Kompetenzen auf den Tisch legte, blieb die Freie Universität näher an den geltenden Regelungen mit mehr hochschulpolitischen Kompromissen, zum Beispiel hinsichtlich des in Berlin extrem wichtigen Themas der Öffentlichkeit der Kuratoriumssitzungen. Und die Technische Universität konnte, nicht zuletzt auch wegen der durch die Vertreter der Lehrerbildung bestimmten Mehrheitsverhältnisse, erst vor Kurzem die Möglichkeiten der Experimentierklausel nutzen.

Das oben bereits charakterisierte Kuratorium wurde „schlafengelegt“. Es schlummert – bis heute – sozusagen im Hintergrund, ist eigentlich mehr im Tiefschlaf. Die Experimentierklausel ist leider per Gesetz zeitlich befristet. Ich hatte mir einfach nicht vorstellen können, daß so grundsätzliche Fragen in einem Land auf ganz verschiedene Weise beantwortet werden könnten. Der

Mangel an Vorstellungskraft war ein Defizit und könnte sich noch bitter rächen.

> *Nr. 19: Es gibt nämlich keine zwingende Notwendigkeit, daß Grundordnungen und dort festgelegte Entscheidungsstrukturen für die Universitäten eines Landes identisch sein müssen. Wenn man sich hochschulpolitisch vonseiten des Staates dafür entschieden hat, Leistungsverträge abzuschließen, dann gilt ja die erbrachte Leistung, gleich, auf welchem Wege sie inneruniversitär zustande gekommen ist. Heute wird leider in der Berliner Landespolitik laut darüber nachgedacht, die universitären Entscheidungsstrukturen per Gesetz wieder zu vereinheitlichen und den politischen Einfluß zu vergrößern. Zum Beispiel dadurch, die Mitglieder von Kuratorien durch das Parlament bestätigen zu lassen.*

Die Humboldt schaffte ihren Kanzler ab und übertrug seine Funktion einem Vizepräsidenten für den Haushalt, der der Richtlinienkompetenz des Präsidenten unterliegt. Ein vergleichbarer Versuch der Technischen Universität scheiterte.

> *Nr. 20: Kanzler sind jedoch traditionell bewährte Mittler zwischen Universität und Staat. Ihre Funktion gewährleistet einen engen Kontakt zwischen Universitäts- und Staatsverwaltung auf Arbeitsebene, und zwar in gleicher Sprache. Diejenigen die Verwaltung kennen, wissen, daß Vieles nur dort an alltäglichem Geschäft erledigt werden kann, was sonst zu langwierigen politischen Konflikten führen würde. Ich halte dieses Zusammenspiel für eine notwendige Funktion und es deshalb für einen Kardinalfehler, das Amt abzuschaffen. Machtpolitik siegte, meine ich, über Verwaltungsvernunft. Es entfällt damit auch die Vertrauen schaffende Kontinuität von politikfernem Verwaltungshandeln.*

Die wichtigste Neuerung bestand aber in der Einführung einer neuen Form des Kuratoriums mit einer neu definierten Machtverteilung zwischen Präsidium, Akademischem Senat und Kurato-

rium. Die Macht konzentrierte sich auf das Präsidium, vor allem den Präsidenten, und das Kuratorium, vor allem auf dessen Vorsitzenden. Senator Radunski wollte eine stimmberechtigte Mitgliedschaft im Kuratorium; ich riet ab, um das staatliche Interesse von Kuratoriumsentscheidungen und deren Verantwortung freihalten zu können, setzte mich aber nicht durch. Präsident Meyer wollte eigentlich gar kein Kuratorium, akzeptierte aber dessen Pufferfunktion zwischen der Humboldt und dem Staat. Insgesamt verschob sich das Machtverhältnis zwischen Staat und Universität auch wegen fehlender Finanzmittel des Landes Berlin immer mehr in Richtung Universitäten, ohne sie jedoch wirklich zu stärken oder in eine bessere Verfassung zu bringen.

Trotz bereits lang andauernder Unterfinanzierung der Universitäten – nicht zuletzt wegen des Öffnungsbeschlusses der Ministerpräsidenten aus dem Jahr 1977 – der zu einer systematischen Überlast führte, man denke an die „Untertunnelungs"-Diskussion, zusammen mit bis heute anhaltenden Einsparrunden, bzw. schlichter Überrollung der Haushalte, was ja de facto ein Weniger an Mitteln bedeutet, wurden den Universitäten weitere Aufgaben übertragen. Das „Mehr an Autonomie für weniger Geld" zeigte sich auch in der Verschlechterung der Betreuungsrelationen – eines der großen Defizite im nationalen und internationalen Wettbewerb zwischen den Universitäten. Ein Wettbewerb, der heute im Mittelpunkt des öffentlichen und staatlichen Interesses steht, und sich an den besten Berufungen und besten Studierenden zu orientieren hat.

Nr. 21: Studiengebühren oder Studienbeiträge, sozialverträglich und mit einem Stipendiensystem verbunden, ein klassisches Berliner Thema, sind ein Mittel, das geeignet ist, einen wechselseitigen Leistungsanspruch zu konstituieren. Die Berliner Universitätspräsidenten stimmten, zur Überraschung Vieler, jedenfalls zu. Die Einnahmen hätten dazu beigetragen, die Betreuungsrelationen wesentlich zu verbessern. Voraussetzung war allerdings immer, daß die Einnahmen den Universitäten für diesen Zweck zur Verfügung stehen, und nicht, wie bei den Verwaltungsgebühren

vom Haushalt abgezogen werden – ein Schildbürgerstreich der Finanzverwaltung, der die dann folgende Diskussion um Studiengebühren, respektive Studienbeiträge erheblich belastete. Dabei hatte der Senat bereits einstimmig der Einführung von Studiengebühren inklusive einer entsprechenden Änderung des BerlHG zugestimmt; nach Intervention aus Bonn hielt die SPD ihre Position allerdings nicht aufrecht.

Der Staat zog sich zunehmend zurück. Und Staatsverwaltung wurde unter dem Beifall der Öffentlichkeit und der Wirtschaft, der man damals jedenfalls noch ein höheres Maß an Kompetenz unterstellte, – nicht zuletzt durch populistische und wahlorientierte Äußerungen einiger Ministerpräsidenten – zu Bürokratie degradiert. Politik merkt ja nicht einmal, wenn sie sich den Ast absägt, auf dem sie sitzt. Bürokraten, das sind eben diejenigen, die immer alles hemmen und sich gegen Innovationen stemmen und folglich, weil aufgebläht, zu verschlanken sind. Die Staatsverwaltung zog sich zurück, Privatisierungsinteressen füllten Lücken – und das überhaupt nicht zum Vorteil der Universitäten.

Nr. 22: Es gilt, eine ausgewogene Balance zu finden zwischen universitärer Autonomie und staatlichen Aufgaben. Zu den Aufgaben gehört, die Qualität der universitären Leistungen, ein ausreichendes Studienplatzangebot und das notwendige Fächerspektrum zu gewährleisten. Fehlendes Geld kann jedenfalls kein Argument sein, dem Staat zu erlauben oder ihn zu veranlassen, sich zurückzuziehen und das Spiel allein Universitätsinteressen und Wirtschaftsinteressen zu überlassen. Und: Auch, wenn es an der Zeit war, den alt gewordenen Elfenbeinturm zu verlassen und sich für Interessen der Wirtschaft zu öffnen, auch um eigene wirtschaftliche Interessen zu verfolgen, kann das schließlich nicht bedeuten, universitäres Leben in ökonomisierenden Kategorien allein zu begreifen. Es sollte vielmehr darauf geachtet werden, daß die sich ja erst bildenden Maßstäbe für Leistungsmessung, Definitionen von Qualität für Zielvereinbarungen die Bereiche der Universitäten

erhalten, die ihre Lebendigkeit und Farbigkeit in Wahrheit ausmachen. Eine Sudanarchäologie und andere kleine Fächer und Themenfelder sind eben nicht nur zu schützen wie ein Reservat, das man sich als Luxus leistet. Wenn ich mich frage, was die „Seele“ einer Universität ausmacht, dann komme ich jedenfalls nicht gleich auf die Juristen und Volkswirte, obwohl die immer vorne stehen. Der genialisch Verrückte, also nicht ins vertraute Schema passende Studierende, Doktorand oder Professor – auch in seiner weiblichen Form – hat nicht nur das Recht auf einen Ort in seiner Universität, sondern er muß auch von ihr gewollt werden. Und als Bemerkung am Rande: Das Insgesamt an Clustern, Graduate Schools und dritten Förderlinien müßte ja eigentlich das Bild einer idealen deutschen Universität abgeben. Das müßte es doch eigentlich, oder? Soweit hier zur Exzellenzinitiative.

„Autonomie“ meint mehr als das vornehme Recht der Selbstergänzung, mehr als den rechtlichen Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Entscheidungsmöglichkeiten durch die Experimentierklausel erheblich zu erweitern, war richtig; auch, Präsidenten, Dekane und Kuratorien zu stärken. Selbst wenn den weitgehenden Rechten keine Haftung für Fehlentscheidungen entgegensteht. Senatoren und Staatssekretäre kann man ja immerhin entfernen. Mein Vorschlag, doch dann die Gewährträgerhaftung des Staates zurückzunehmen, fand naturgemäß keine Gegenliebe. Die Gestaltungsmacht konzentrierte sich bei den Universitäten, der Staat zog sich mehr oder weniger in eine Beobachterrolle zurück. Und Politik fing an, über öffentlichen oder intriganten Druck ihre Interessen zu artikulieren.

Nr. 23: Kuratorien oder Hochschulräte sind in der Regel eine Versammlung national und international bekannter Menschen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Sie haben genaugenommen keine Chance, die Komplexität dieses dynamischen „Körpers“, den eine Universität darstellen soll, angemessen zu erfassen; geschweige denn, richtig zu interpretieren. In jedem Fall müssen sie ihn aber

verändern! Sie sollen ihre Verantwortung ausüben an einigen wenigen Tagen im Jahr mit Hilfe eines Stapels an Papier, den ihnen – fürsorglich und gemein zugleich – die Verwaltung zuschickt. Über einen eigenen, von der Verwaltung unabhängigen Apparat verfügen sie in der Regel nicht. Die Mitglieder zehren von ihren Erfahrungen in Unternehmen, in politischen Zusammenhängen, bestenfalls frischen Erfahrungen in Universitäten selber. Und zugleich haben sie weitgehende Befugnisse, über Struktur, Profil und Entwicklung der Universität zu entscheiden; in Nordrhein-Westfalen gar die Dienstherreneigenschaft durch das sog. Hochschulfreiheitsgesetz. Ich bezweifle, daß ein solches Kuratorium Gewähr dafür bietet, die neu entstandene Gestaltungsfreiheit kompetent und verantwortlich und auch mit verläßlicher Kontinuität auszufüllen. Dies gilt um so mehr, da die Staatsseite, natürlicher politischer Partner der Universität, weitgehend aufgegeben hat, inhaltliche Kompetenz in ihrer Verwaltung vorzuhalten. Die Meyersche Idee, ganz auf ein Kuratorium zu verzichten, finde ich sympathisch.

Nr. 24: Universitäten sind eben „Körper“, deren Wohlergehen und damit Ertrag für die sie tragende Gesellschaft ganz wesentlich durch die ihm angehörenden Professoren, Mitarbeiter, Doktoranden und Studierende gebildet und vor allem gelebt wird. Deshalb scheint es mir wichtig zu sein, das Bewußtsein der substantiellen Zugehörigkeit zur eigenen Universität wieder zu stärken und dem schon lange schleichenden, inzwischen galoppierenden Prozeß einer Entsolidarisierung, den ich zu sehen meine, klar und deutlich entgegenzuwirken. Vor allem gilt das wohl für die Professorenschaft. Mitarbeiter und Studierende ziehen dann nach. Denn die Professorenschaft ist es, die in Lehre und Forschung entscheidend bewirkt, ob eine Universität oder Teile von ihr exzellent sind oder nicht. Die oben beschriebene Machtverschiebung hat die Akademischen Senate in Vielem zu einer Statistenrolle herabgesetzt. Er war es aber, der neben den Fakultäten das Identifikationspotential für

die gesamte Universität anbot. Die Auflösung des Universitätskörpers in mehr oder weniger selbstständig agierende Lehr- und Forschungseinheiten, auch zwischen mehreren Universitäten, wird so, wie sie sich zur Zeit zeigt, das Identifikationspotential der Universität weiter schwächen. Das hat sich dann aber weit von Humboldt und der Humboldt entfernt! Die Exzellenzinitiative faßt immerhin Exzellenz in ausgewählten Universitäten zusammen – gut so, wenn auch nicht immer richtig getroffen. Das alles spricht nicht gegen nationale und internationale Forschungsallianzen mit außeruniversitären Einrichtungen. Bedingung ist aber, daß die Identität der Universität und ihre Substanz erhalten bleibt – beides definiert sich wesentlich über Exzellenz in Forschung und auch in Lehre.

Ich gehe nicht davon aus, daß der oben beschriebene Prozeß in absehbarer Zeit rückgängig zu machen ist, vertraue aber auf die Verläßlichkeit von Pendelbewegungen. Die Idee der Universität hochzuhalten, ist im jetzigen Verhältnis von Universität und Staat schwierig, weil der – geschwächte – Staat ein politisches Interesse eher an einer partikularisierten Szene haben muß als an selbstbewußten, sich Kraft eigener Kompetenz entscheidenden Universitäten.

Nr. 25: Was folgt? 1. Haushaltsmittel für exzellente Cluster, Graduate Schools, Sonderforschungsbereiche müssen von der Universität mit eigener Gestaltungsmöglichkeit vergeben werden. Die Entscheidung über Professorengehälter und Ausstattung liegt eh schon vollständig bei ihnen. 2. Akademische Senate und Fakultäten müssen Entscheidungszentren für die wesentlichen Fragen der Universität sein. 3. Kuratorien sollten sich dementsprechend auf eine Beobachterrolle und eine Kontrollfunktion beschränken. Um sie in dieser Aufgabe zu stärken, könnte man 4. ihnen das von jeder Universität einzurichtende „Qualitätsentwicklungssystem“ zuordnen, das belastbare Aussagen über die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen Bereichs der Universität und ihrer Verwaltung liefert und damit die Basis für

Entscheidungen. Aufgabe des Staates ist es dann zu überprüfen, ob das Gesamtsystem seine Aufgabe erfüllt und entsprechende haushaltspolitische Konsequenzen zu ziehen.

Zum Ende

Ich habe versucht, eine Universität, also auch die Humboldt, so zu beschreiben, wie ich sie sehe. Entstanden ist ein konservativ modernes Bild. Die Humboldt gab mir hierfür die Möglichkeit – durch alte Bindung, über ein hohes Maß an beruflichem Involviertsein und über ein bis heute lebendiges Gefühl von Zugehörigkeit zu dieser exzellenten Berliner Universität. In der Zeitung stand dann mal, ebenso falsch wie das mit dem Humboldt-Dekan: „Unser Mann in Bonn“. Frau Dürkop hat während unserer Auseinandersetzungen einmal nachdenklich bemerkt: „Ich habe das Gefühl, daß Sie eigentlich nicht dazugehören“. Und sie meinte damit die Berliner Politik. Sie hatte Recht und Unrecht zugleich. Aber der Satz ist geblieben, weil er deutlich macht, warum es mir überhaupt möglich war, das zu erzählen und zu behaupten, was ich heute erzählt und behauptet habe. Als der Reg. Bürgermeister mir anbot, als Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur nach Berlin zu kommen, lehnte ich ab. In der „Berliner Zeitung“ vom 29. März 2000 stand, ich hätte nicht Chef werden wollen. Das war richtig. Zugleich war richtig, daß ich die Haushaltslücken in Wissenschaft und Kultur zu genau kannte und keine unlösbare Aufgabe übernehmen wollte. Die Große Koalition zerbrach dann wenig später.

Ich habe mich, soweit ich das selber sehen kann, nicht vor Verantwortung gedrückt. Schuld an Fehlentscheidungen und zu kurzer Sicht, an Sich-hart-und-kalt-Machen, um eigentlich Unentscheidbares durchstehen zu können, bleibt. Auch ohne eine Möglichkeit in diesen Jahren, einmal innehalten, genau hinsehen und vielleicht wirklich nachdenken zu können. Und obwohl Vieles bei den Ostmenschen Gelerntes dazu einlud, war es keine Zeit der „Entschleunigung“ – derer wir auch heute dringend bedürften. Gleichwohl nehme ich nichts zurück.

Leichter und auch fröhlich gemacht haben viele freundliche und freundschaftliche Gespräche mit Kollegen der Humboldt in den inzwischen fast zwanzig Jahren. Und dafür danke ich Ihnen; wie auch für Ihre Aufmerksamkeit.

Erich Thies

Ministerialdirektor / Staatssekretär a.D.

1943 geboren in Rotenburg (Wümme), Niedersachsen.

1963–1970 Studium der Fächer Philosophie, Kunstgeschichte, Germanistik und Pädagogik an den Universitäten Tübingen, Berlin und Heidelberg.

1970 Erstes Staatsexamen für das Lehramt an Höheren Schulen in den Fächern Germanistik und Philosophie.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Prof. Dr. Dieter Henrich, Philosophisches Seminar der Universität Heidelberg.

1973 Promotion in Philosophie.

1976 Berufung auf eine Professur für Philosophie.

1978–1986 Rektor der Pädagogischen Hochschule Heidelberg.

1978–1982 Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz der Pädagogischen Hochschulen Baden-Württembergs.
Mitglied des Senats der Westdeutschen Rektorenkonferenz.

1987–1998 Mitglied mehrerer Arbeitsgruppen des Wissenschaftsrats.

1989 Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der „Societas ad studio de hominis condicione colenda“, Internationale Vereinigung zum Studium der Werke Ludwig Feuerbachs.

1991 Planungsbeauftragter für den Fachbereich Erziehungswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin.
Vom Akademischen Senat der Humboldt-Universität gewählter Dekan des Fachbereichs Erziehungswissenschaften.

1991 Wissenschaftlicher Betreuer des Akademievorhabens „Feuerbach Gesamtausgabe“.

1992–1998 Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Berlin.

1994 Berufung auf eine Professur für Philosophie und Pädagogik an der Humboldt-Universität zu Berlin.

1998 Mitglied des Hochschulrates der Steinbeis-Hochschule Berlin.

1998 Generalsekretär der Kultusministerkonferenz.

2006 Mitglied des Kuratoriums der Technischen Universität Berlin.